

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Meisa.
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Meisa, des Finanzamtes Meisa und des Hauptzollamtes Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Verlagskonto: Dresden 1539
Bismarckstr. Nr. 52.

Nr. 38.

Mittwoch, 14. Februar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 1923. — Mark einschl. Dringertlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile 150.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Veranlassungsgebühr 20.— Mark. Feste Tarife, Bewilligter Rabatt erklärt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eines Bescheides an den Auftraggeber in Kontur gedr. Zahlungs- und Erfüllungsort: Meisa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei und Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Langer & Winterlich, Meisa.
Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Meisa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Meisa.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: auf Blatt 598 die Firma Edmund Wilhelm in Meisa, Ausrückelassung der in Ostbah. betreibenden Firma Edmund Wilhelm betr.: Carl Alfred Teubach ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die bisherige offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst worden. Das Handelsgeschäft wird von dem Mitinhaber Carl Edmund Wilhelm unter der bisherigen Firma fortgeführt; auf Blatt 634 die Firma Vogetta & Wilhelm in Langenberg betr.: Otto Vogetta ist aus der Gesellschaft aus-

geschieden. Die bisherige offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst worden. Das Handelsgeschäft wird von dem Mitinhaber Max Wilhelm unter der bisherigen Firma fortgeführt. Amtsgericht Meisa, den 10. Februar 1923.

Die Auszahlung des Teuerungsausgleiches für Kriegsverwundete und Hinterbliebene für Monat Februar erfolgt am Donnerstag, den 15. Februar 1923, vorm. 10 bis 12 Uhr im Gemeindeamt, Zimmer 14. Gröba (Elbe), am 13. Februar 1923. Der Gemeindevorstand.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 13. Februar 1923.

Auch die heutige 16. Sitzung des Landtags verzeichnet als einzigen Punkt der Tagesordnung Wahl des Ministerpräsidenten. Die Diskussionen sind schon lange vor Beginn der auf 12 Uhr anberaumten Sitzung überfüllt. Trotzdem stehen in der Treppenvorhalle, zurückgehalten von Polizeibeamten, noch zahlreiche Einlassbegehrende und selbst vor dem Eingange zum Plenarsaal drängt und schiebt man sich.

11 Uhr eröffnet Präsident Böttcher die Sitzung. Er verweist wieder auf § 26 der Verfassung und auf die Anwesenheit der erforderlichen Zahl von Abgeordneten. (Es fehlen nur die Abg. Kuntzsch und Renner.)

Abg. Böttcher (Soz.) gibt namens seiner Fraktion eine längere Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir erklären in der Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu dem Ministerkandidat der Kommunisten einen Vorstoß gegen die sozialdemokratische Regierung, um den Bestehenden wieder eine ihnen nicht zukommende Macht im Staate zu verschaffen. Ebenso unehrlich ist das Verhalten der Kommunisten. Mit der unwahren Parole „Für die Arbeiterregierung“ im Munde, führen die Kommunisten die bestehende Arbeiterregierung (Marxist bei den Kommunisten.) Die sozialdemokratische Partei entspringt aus dem Ergebnis der letzten Landtagswahlen das Recht zur Bildung einer sozialistischen Regierung. (Abg. Böttcher: Nicht Arbeiterregierung?) Aus diesem Grunde schlagen wir Herrn Bud als Ministerpräsidenten vor.

Abg. Böttcher (Komm.) erklärt, die Stellung der Kommunisten sei heute noch dieselbe, wie zur letzten Sitzung. Das Angebot der großen Koalition betrachte die SPD. als eine unverkämpfte Herausforderung der sächsischen Arbeiterpartei. Wenn man endlich eine Arbeiterregierung wolle, dann müsse die SPD. Konzessionen an die Arbeiter machen, anstatt an die Bourgeoisie. Ein Eintritt der Kommunisten in eine sozialdemokratische Regierung komme nicht in Frage.

Abg. Dr. Kaiser (D. Sp.): Er halte es in der gegenwärtigen Lage für sehr überflüssig, hier über die Schuldfrage, die zur Regierungskrise führte, zu sprechen. Heute müsse praktische Politik getrieben werden und diese müsse ohne Rücksicht auf die persönliche Empfindlichkeit. Das Zustandekommen der Wahl des Ministerpräsidenten sei das unbedingte Erfordernis des Tages. Die Geschäftslage erfordere eine sofortige Regierungsbildung. Alle Arbeiten blieben liegen und es gehe nicht an, daß ein Geschäftsministerium, wie es jetzt besteht, über Personalfragen im Kultusministerium entscheide. Wir haben uns nicht gekümmert, die Hand zu Verhandlungen zu bieten, obwohl nicht alle unsere Parteigenossen im Lande damit einverstanden waren. Hoffentlich finden auch einmal die Sozialdemokraten den Mut, das zu tun, was unbedingt nötig ist. Wir sind auch heute noch bereit, an Verhandlungen teilzunehmen. Um die Wahl nicht wieder ergebnislos verlaufen zu lassen, schlagen wir vor, die Wahl des Ministerpräsidenten auf Donnerstag zu versetzen.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.): Für uns ist lediglich die Haltung der Sozialdemokraten von Bedeutung. Die von Böttcher abgegebene Erklärung ist unhaltbar. Der sozialdemokratische Versuch, mit den Kommunisten Politik zu treiben, ist mißglückt. Wir tragen der Tatsache Rechnung, daß ohne Sie (zu den Sozialdemokraten) keine Regierung gebildet werden kann, nun tragen Sie aber auch dem Rechnung, daß Sie allein keine Regierung bilden können. Wir sind bis an die Grenze des Erträglichen gegangen. (Lärm von rechts: Noch weiter!) Der Versuch der Verständigung darf nicht niedergelegungen werden von der Seite Ihrer Partei, die im letzten wieder zu den Kommunisten zurückkehren möchte. Wir erziehen Sie um des Landes und des Volkes willen: ergreifen Sie die Hand, die sich Ihnen darbietet und kommen Sie zur Verständigung.

Abg. Müller-Teipzig (Soz.) wendet sich gegen das Böttcher-Spiel, das die kommunistische Partei mit der sächsischen Bevölkerung treibe. Mit einer Partei, die so gewissenlos mit den Arbeiterinteressen umspringe, verbiete es der Anstand, eine Regierung zu bilden.

Abg. Bentler (Dnat.): Wir erklären in einer Vertagung keine Förderung der Wahl. Die fraktionsverhandlungen, die schon tagelang gedauert haben, scheinen auf einen toten Punkt gekommen zu sein. Wir werden uns an der von Dr. Kaiser und Dr. Seyfert empfohlenen Koalition nicht beteiligen.

Abg. Siemert (Komm.) wünscht eine Regierung, die reichlich Arbeiterinteressen vertritt, aber die sozialistische Regierung könne das nicht sein.

Abg. Franz (Soz.) bezeichnet es als unmöglich, sich auf eine Partei stützen zu können, die selbst von der Mehrheit des Landes-Vertriebsräte-Kongresses abgelehnt worden sei. (Lärm links.)

Abg. Dr. Kaiser (D. Sp.) erklärt, seine Partei verurteile den bequemsten Standpunkt der Deutschnationalen.

Abg. Böttcher (Komm.): Der Sozialdemokratie bleibe nunmehr nichts anderes übrig, als der Eintritt in die große Koalition. Dadurch würden aber die Kämpfe innerhalb der Arbeiterpartei verflüchtigt werden. Auf einen Zursich der Sozialdemokraten sagt Redner: Ihr seht wahrscheinlich eure eigenen Leitungen nicht mehr, sondern bloß noch Sinnestäbchen! Den Antrag auf Vertagung lehnen wir ab, weil das Ansehen des Parlamentes darunter leidet. Redner schließt:

Es wäre das Richtige, die Arbeiter können herein und lagten dieses Parlament zum Teufel. (Lärm: Heute ist Fastnacht! August!)

Damit ist die Aussprache geschlossen. Abg. Herz (Komm.) erwidert und erhält das Wort zu einer abschließenden Rede über die Wahl. Da er aber weitergehende Ausführungen macht, unterbricht ihn der Präsident und entzieht ihm schließlich das Wort. Da Abg. Herz trotzdem weiter spricht und die Abgeordneten sich erheben, um den Saal zu verlassen, unterbricht der Präsident die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Präsident Bentler, das Verhalten des Abg. Herz ermangele jedes parlamentarischen Anstandes. Er bitte aber auch die übrigen Fraktionen, auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß sie nicht durch ihr Verhalten den Respektabilität für beratige Vorkommnisse bilden.

Der Antrag Dr. Kaisers, die Wahl zu vertagen, wird mit allen gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei abgelehnt. — Es erfolgt hierauf die Wahl durch Stimmentafel. Es werden 94 Stimmen abgegeben. Davon entfallen 40 auf Bud (Soz.), 19 auf Dr. Kaiser (D. Sp.), 18 auf Hofmann (Dnat.), 9 auf Böttcher (Komm.) und 8 auf Dr. Seyfert (Dem.). Das Ergebnis der Wahl ist also ebenfalls negativ, wie das der Wahl vom 1. Februar, da auf seinen der Gewählten mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen entfallen ist.

Abg. Bentler (Dnat.) erklärt hierauf: Die Verfassung schreibt vor, daß der Landtag den Ministerpräsidenten wähle. Damit sei dem Landtage nicht bloß ein Recht gegeben, sondern auch eine Verpflichtung auferlegt. Die SPD. bringe heute nicht mehr die zur Wahl erforderliche Mehrheit der Stimmen auf, es wäre nun ihre Pflicht, entweder eine Koalition zu suchen oder der Rechten allein die Regierungsbildung zu überlassen. Um dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, werde seine Partei, wenn die nächste Wahl wieder ergebnislos verlaufen sollte, den Antrag stellen, der Landtag möge sich auflösen, da er seine Unfähigkeit zur Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben dargetan habe.

Der Präsident unterbricht hierauf die Sitzung auf eine Stunde, um dem Kellerterrat Gelegenheit zu geben, zu einer Beratung zusammenzutreten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt er mit: Der Vorstand hat im Einvernehmen mit dem Kellerterrat beschlossen, die nächste Sitzung am Donnerstag, den 15. Februar, nachmittags 1 Uhr abzuhalten, mit folgender Tagesordnung: Wahlprüfungen, Ratverordnungen, Hundesteuer, Bienenstockgesetz und Alters- und Kleinrentner-Gesetz. — Schluß 4 1/2 Uhr. — Die Vertagung, soll die Wahl des Ministerpräsidenten noch einmal am nächsten Dienstag versucht werden.

Deriliches und Sächsisches.

Meisa, den 14. Februar 1923.

— **Spende für das Ruhrgebiet.** Bei der Stadthauptkasse wurden von Stammtisch „Café Wolf“ 5000 Mark und vom Konfektclub „Duerzöpfe“ 8000 Mark für die Ruhrpende eingebracht.

— **Spende für die Kleinrentner.** In der sächsischen Bohobuharmittelkassette sind gestern abend wiederum 35000 Mark zur Unterstützung dieser Kleinrentner gesammelt worden.

— **Sächsisches Landeshöfne.** Vornehmlich drei Künstler, Frau Hens-Dilger, Magnums Hens und Otto Ottbert, interpretierten drei von den sieben Einaktern (auch an größten Bühnen werden sie meistens in Auswahl gegeben) von Arthur Schnitzlers „Kuatol“: „Die Frage an das Schicksal“, „Widwiedersouper“, und „Anatols Hochzeitstorg“. Vorwiegend in geistvollen, witzigen Dialogen, darstellerisch aus feinsten finanziert, mit erlesener Ausstattung, zog die außerordentliche Bemühtigkeit, gepaart mit der Frivolität des großstädtischen Lebens, an uns vorüber.

— **Sächsisches Landeshöfne.** Donnerstag, den 15. Febr., abends 8 Uhr im Hotel Döppner in Meisa, 4. Vorstellung der „Mieterei“. In Szene geht „Wie man's macht, ist's falsch!“ (Das Kind). Eine Koggensticker Komödie in 8 Akten, von Ottomar Gattig. Spielleitung hat Magnums Hens, welcher auch die Hauptrolle übernommen hat. In den übrigen Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Margarete Bernick, Renata Redel, Elisabeth Scholz, sowie die Herren: Carl Winter, Max Jahnig Otto Ottbert und H. Smolt-Wrag. Der Theatergeiz, der bei der Vorveranstaltung Buchhandl. Hoffmann, Meisa, Hauptstraße, sowie an der Abendkasse zu haben ist, enthält eine Erläuterung von Professor Ernst Lewinger. Gleichzeitig weisen wir auf die am Freitag, den 16. Febr., stattfindende Verkaufsführung von „Ostern“, ein Festspiel in 3 Akten von August Strindberg, hin. Am Sonnabend, den 17. Febr., gelangt in vollständiger Neuinszenierung „Nostersboom“, Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen, zur Aufführung. Als letzte Vorstellung in dieser Spielreihe geht am Sonntag, den 18. Febr., abds. 7,8 Uhr das dreitägige Lustspiel von Hugo Lindner „Das fünfte Rad“ in Szene. Es ist ratsam, für diese Vorstellung sich heute schon Karten zu sichern. Auf Vorverkauf war eine besondere Gebühr nicht erhoben.

— **Das kalte Wetter** wird anhalten. Wieder die Urfahren der kalten Witterung und die nächste Entwicklung des Wetters teilt das Berliner Wetterbureau nach

dem „Berl. Tagebl.“ mit: Jurückzuführen ist die Kälte auf ein mächtiges Hochdruckgebiet, das über Skandinavien, Finnland und Nordrußland liegt und bei ziemlich lebhaften Tiefwinden keine Lage noch nicht verändert hat, ein großes Tiefdruckgebiet liegt über den Alpen und zieht von dort über den Balkan, sodass das ansonst übliche Wetter bei uns noch eine Weile beständig bleiben wird.

— **Ein Frühlingsbote** in Gestalt eines Matfäfers machte heute in der Redaktion Besuch. Er ist in einem Obstgarten in Bismarck bei Weiskow vor acht Tagen etwa 5 Zentimeter unter dem Halm gefunden worden. Er hat also schon einige Tage der Kälte widerstanden und sich während dieser Zeit, wie sein Finder mitteilt, nur von der Nahrung ernährt. Das wird er wohl, wenn er nicht vorzieht, dem rauhen Talein bald wieder den Rücken zu kehren, auch noch recht lange tun müssen.

— **SKA. Kollekte am Landeshöfne** (28. Febr.). Nach altem Verkommen wird alljährlich am Frühlingshöfne in allen Kirchen des Landes eine Kollekte für die Liebeswerke der Inneren Mission Sachsens gesammelt. Auch hat die Missionsnothilfe-Sammlung, welche in den Monaten September bis November 1922 im ganzen Lande von der Inneren Mission veranstaltet wurde, ein sehr erfreuliches Ergebnis erzielt, aber bei dem großen Umfang der Inneren Mission (4 Diakonienhäuser, 4 sonstige Ausbildungsstätten, 10 Kinder-Erholungsheime, 16 Kinder-Heimstätten, 22 Rettungshäuser, 15 Alpe und vieles andere) ist die auf die einzelnen Anstalten oder Organisationen entfallende Summe nicht so groß, daß sie auf längere Zeit alle Sorgen fernhalten könnte. Der Marktur der letzten Monate hat neue große Räte gebracht. Für 6000 Menschen hat die Innere Mission täglich zu sorgen, was bei den jetzigen Verpflegungsverhältnissen keine Leichtigkeit ist. Die Notlage unserer Kirche macht sich natürlich auch in den Kreisen der Inneren Mission bemerkbar. Wie aber jetzt sich allenthalben die Opferwilligkeit für die Kirche zeigt, so möge dieser neue Geist des Gebens und Helfens auch ihrer Inneren Mission gegenüber sich bewähren!

— **Aus der Tätigkeit der Handelskammer.** Dem Wirtschaftsministerium wurde das Verbot der Verwendung von Auslandswaare zur Herstellung von Trinkenbrennwein als unnötig bezeichnet. — Die Reichsmontopolverwaltung für Branntwein wurde erneut erlischt, dem Einzelhandel einen angemessenen Verdienst am Verkauf von Branntwein zu gewähren. Das Gesetz wurde wiederum abgelehnt. — In einem Bericht an die Handelskammer Chemnitz heißt sich die Dresdner Kammer auf den Standpunkt, daß den Weinbrennereien das Goldausgleich auf den Weinzoll erlassen, aber keine höhere Berechnung des Brennweinmonopols zugestanden werden möchte. — Der Handelskammer Chemnitz wurde berichtet, daß die Verteilung der Veredelungsversteuer von der Umwälzsteuer und der Ausfuhrabgabe zu befürworten sei. — Das Auswärtige Amt und das Sachl. Wirtschaftsministerium wurden ersucht, dahin zu wirken, daß bei der Liquidation deutscher Gebietsvermögen in Italien nicht auch die Firmennamen mit veräußert würden. — Dem Wirtschaftsministerium wurde berichtet, daß kein Bedürfnis bestehe, dem Arbeitgeber gegenüber den Krankentafeln zum Vorlegen der Gesundheitsbücher zu veranlassen.

— **Verbesserungen des Sommerfahrplanes.** Nach den im Bundesbahnbahn Dresden gemachten Mitteilungen wird der Sommerfahrplan im Mitteldeutschland wesentliche Verbesserungen bringen, wenn die Umstellung der Ausfuhrleistungen sich zu unseren Gunsten gestaltet. Die Strecke Leipzig—Dresden—Breslau erhält als Nachverbindung ein beschleunigtes Personenzugpaar ab Leipzig 12,40 Uhr, an Breslau 9,29, ab Breslau 8,44, an Leipzig 5,45. Dadurch werden Anfahrts- von den Schnellzügen aus Hamburg, Hannover, an n. R. auf und umgekehrt hergestellt. Für den Verkehr Sachsen—Schwaben ist ein neues Nachschubzugpaar in Ausd. genommen: ab Leipzig 10,40, an n. R. 8,53, ab n. R. 10,32, an Leipzig 8,45. Diese Züge vermitteln Anschlüsse aus Wien, Prag und Breslau, Chemnitz und einen geplanten Zug München—Leipzig. Auch erpöten die Züge Anst. von und nach Würzburg und sollen vor allem den Verkehr Sachsen—Wien mit einem Schnellzug an Leipzig—Würzburg vermitteln. Die seit vorigen Dresden und Hannover verkehrenden Tageszüge D 144 und D 141 werden bis und so n. R. ge. Der Verkehr Leipzig—Hannover wird durch Einlegung einer Nachverbindung Leipzig—Cen. die dringend notwendige Verbesserung. Die Strecke Dresden—B. Leipzig—München erhält ein neues beschleunigtes Personenzugpaar. Durch Einlegung eines Personenzuges 10.—Mannheim wird die Verbindung nach Schwaben, Deutschland, von n. R. eben in n. R. Richtung. Der Nachschubzug Wien—H. an n. R. Leipzig—Berlin wird zeitiger, der Gegenzug später gehalten, zur Vermeidung der jetzigen häufigen Verzögerungen.

— **Der Fernsprecher-Dialekt** auf der Eisenbahn. Gegen Ende des vergangenen Jahres ist ein Eisenbahnanwalt durch Berlin an dem Fernsprecher entstanden: ein Weichensteller hatte bei einer Reparatur durch den Fernsprecher „Gleit 3“ statt „Gleit 2“ verknüpft. Um denartige Fehler in Zukunft zu vermeiden, ist am eisenbahnähnlichen Fernsprecher von jetzt ab die Zahl zwei stets als „300“ auszusprechen. — Die Rangierer auf den großen Verkehrsbahnhöfen, wo die Verhältnisse

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 23441 Mark.

gang nach nicht durch Vorfällen erfolgt oder durch Rebell verhindert wird, haben sich eine eigene "Brotkarte" geschaffen, die alle hatten vermischt, und den Waisen Anemmen beilegt, wie z. B. "Mit Deme", in "Abraham's Koch" u. a. m.

Erzda. Öffentliche Sitzung des Schulausschusses findet Donnerstag, den 13. Februar, nachm. 7 Uhr, im Situngsraum in der Zentralstraße statt. Beratungspunkte: 1. Aufhebung einer Karte für die Berufsschule, 2. Aufnahme der Meradorfer Schüler in die Größere Volksschule, 3. Bildung eines Fortbildungsschulverbandes mit Rodra, 4. Festschneidung des Fremdschulbesuchs für die Volks- und Fortbildungsschule, 5. Beschlußfassung auf Anregungen des Wohnungsausschusses in Wohnungsangelegenheiten, 6. Antrag auf Teilung der Mädchen-Fortbildungsschulflächen, 7. Mitteilung des Beiratsschulamtes, Teilung von Fortbildungsschulflächen und Erstellung von Wohnstätten, 8. Mitteltunnen und Anstrichen, Hiermit nichtöffentliche Sitzung, Berichterstattung sind folgende Herren: zu 1 und 6 Müller, zu 2 Handold, zu 3, 4 und 7 der Vorsitzende, zu 8 Schmidt.

Sobertsen. In der Nacht vom 12. auf den 13. d. Mts. sind dem Gastwirt Richter in Untere Erbhäuser, Ortsteil von Sobertsen, 9 Stück Säuglinge mittels Andrusch gestohlen worden. Die Tiere sind etwa 200 Meter vom Latofte entfernt auf dem nach Soblis führenden Fuhrwege abgefahnen worden, wo sich neben einer Wirtin auch ein abweichender Führer vorfindet. Einmalige Wahrnehmungen wolle man der zuständigen Gendarmerie mitteilen.

Müncheln. (Konzert- und Theaterabend des Gesangsvereins "Concordia".) Dirigent Herr Schüller (Reuter). In der Reihe der Darbietungen waren alte Leistungen: "Freude, schöner Götterfunken", ein gemischter Chor, harmonisch rein, ein gutes Stimmaterial verrätend. "Abendlied", ein Damenquartett, melodisch sehr gefällig, recht hübsch gelungen. Die Damen bringen noch an anstaltlich am Platz. "Wanderlied", ein Herren-Triplett, überaus durch volle, ausgeglichene Töne. Im letzten Werke war eine Abspannung in den Tönen hörbar. Kreuzer, Wendesch. aus dem Nachzügler hätte als Chor bessere Wirkung erzielt bei schnellerem Fortschritt des Vortrages. Im ganzen gilt — nehmst alles nur in allem —, daß die Gesamtleistung des Vereins recht befriedigend war. Die Sprechtechnik läßt noch ein Arbeitsfeld offen; das ist durchgehend noch bedenklicher zu behandeln. Die Darstellungsverhältnisse: Verhältnisse des Bühnenraumes, ungewöhnliche Verwendung der Masken, gute Kostümbildung und lebhaftes Zusammenwirken. Rührkraft kann mit diesem Abend wiederum einen entscheidenden Fortschritt im Erfolg seiner Bemühungen auf dem Gebiete des Bühnenwesens buchen.

Dahlen. Eine richtige Antwort gibt ein hiesiger Einwohner gewissen Leuten in den "Dahlener Nachrichten": Wer über mich und meine Familie etwas zu klaffen hat und damit in Dahlen fertig ist, der gebe bitte nach Wiesbaden oder Würzen, vielleicht abtut dort auch Subörer. S. G.

Dresden. Obgleich die kriminalpolizeiliche Aufklärung der Tötung sehr wenig Unterstützung durch Mitteilungen aus dem Publikum gefunden hat, ist es inzwischen gelungen, ein Androhn zu fassen, daß die Ermordete in der Frankfurter Riedel vom 8. zum 9. Februar 1928 gegen 1 Uhr das Langstafel "Eindisches Bad" zusammen mit mehreren Herren und zwei Mädchen verlassen hat. Diese Gruppe ist zusammen durch die Bauwerkstraße nach dem Albertplatz gegangen und hat kurz vor 1 Uhr das Restaurant des Hotels "Zum Krattischen Brunnen" in der Antonstraße aufgesucht. Nach etwa einer Viertelstunde haben sich nach und nach alle wieder entfernt und sind nach dem Reichsbahn-Bahnhof zu gegangen. Unmittelbar vor dem Bahnhof ist die Ermordete mit ihrem Begleiter allein nach links abgelenkt, während die übrigen sich nach dem Bahnhof begeben haben. Dieser Begleiter ist ermittelt und dem Volkeinsprecher vorgeführt worden. Wie weit er mit der Tat sache selbst in Verbindung zu bringen ist, muß erst die weitere kriminalpolizeiliche Untersuchung ergeben.

Sedwig. Der Stadtrat gibt amtlich eine Liste von Schulkindern bekannt, die mit oder ohne Wissen ihrer Eltern gewerbsmäßigen Warensmuggel nach der Tischschloßinsel betreiben. Insgesamt werden 16 Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren aufgeführt. Allen Geschätsinhabern wird streng unterlagt, Erwachsenen oder Kindern Waren zu verkaufen, die nach Art und Menge zum Schmuggel bestimmt erscheinen.

Bittau. Grobe Fahrlässigkeit hatte hier den Tod des früheren Schlossermeisters Max Müller zur Folge. In dem betr. Hause der Optikerstraße hatten im Erdgeschoß bei Bauarbeiten Fabrikarbeiter Montagen an der Gasleitung vorgenommen, wozu die angeblich nicht fachverständigen Leute keinesfalls berechtigt waren. Unverhältnismäßig viel Gas, das dabei austrat, drang in die Wohnungen des ersten Stockwerkes, wo Müller einer Gasvergiftung erlag, während seine Nachbarn im selben Stockwerke am nächsten Morgen bewußtlos aufgefunden wurde.

Bausen. Die Wiedererrichtung einer Volksschule steht hier bevor. Der Stadtrat beschließt, durch die Verheerung der Volksschule an der Steinstraße billiges, schmackhaftes Essen zum Preise von etwa 200 Mark je Liter ausgeben zu lassen. Zur Wiederherstellung und sonst Bedürftige ist Ermäßigung durch Ausgabe besonderer Karten in Aussicht genommen.

Oberlungwitz. Wegen Mißhandlung verurteilte das Landgericht Witau eine hiesige Gutsbesitzerin zu 100 000 Mark Geldstrafe.

Sagda. Hier streifte die Viehdiebe der Scheune des Diakonatslebens vom Boden bis zur Dachspitze in sich zusammen. Obwohl die Kirchgemeindevorstellung die Schadhaftigkeit der Scheune kannte, war es ihr infolge des dauernden Geldmangels der Kirche doch nicht möglich, ihre Erneuerung vorzunehmen zu lassen.

Gedenk o. a. Am Sonnabend nachmittag kurz vor Arbeitsklub ereignete sich in einer Volkshauskaserne in Döbrieger, hier ein größlicher Unfall. Auf unaufgeklärte Weise kam der 32 Jahre alte Vorarbeiter Richard Jungel in die Transmissions und wurde derart verwundet, daß ihm ein Arm und ein Bein vom Körper getrennt und die Schädelkappe eingedrückt wurde. Der Bewußtswerte war sofort tot.

Mühlau. W. Eine starke Dynamitpatrone ist hier in einer Kohlenladung der Firma Fr. Neupert gefunden worden. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Leipzig. In der letzten Zeit sind vermutlich nach und nach aus einer Niederlage am Dresdener Bahnhof 9 Riflen Kopfgeld im Werte von 2 1/2 Millionen Mark gestohlen worden.

Leipzig. Die mit den zuständigen Gewerkschaften wegen Festschneidung der Löhne in der Zeit vom 1. bis 15. ds. Mts. getroffenen Vereinbarungen bedingen Mehraufwendungen bis zum 31. März 1928 in Höhe von rund 480 Millionen Mark. Hierzu treten noch die Mehraufgaben für Strombezug und Materialien, sowie für Beamtenbeschäftigung, so daß insgesamt 600 Millionen Mark Mehraufgaben bis zum Ende des Geschäftsjahres zu rechnen ist. Zur Deckung dieser gewaltigen Summe ist es erforderlich, den Jahressatz um 100 Prozent zu erhöhen. Der Verwaltungsrat für die Straßenbahn hat in seiner Sitzung vom 9. ds. Mts. beschlossen, den Jahressatz für einfache und Umsteiger-Karte auf 300 Mark festzusetzen.

Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeindeabstimmung in Erzda

am 13. Februar 1928, abends 7 Uhr, im Situngsraum der Zentralstraße.

Dem Gemeinderat teilte erkrankt nur Frau Schiller. Ferner waren Herr Gemeindevorstand Hans, sowie die Herren Gemeindeältesten Günther und Schmidt. Der Ratsbescheid war schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Gemeindevorstand Hans.

Das Kollegium nahm zunächst Kenntnis von der bereits bekannt geordneten Festlegung der Gas- und Wasserpreise für Monat Januar.

Des weiteren hatte das Kollegium Beschluß zu fassen über den Umbau des Rathauses im Mittelraum des Rathauses. Herr Gen.-Velt. Günther, als Vorsitzender des Rathaues, teilte in eingehenden Erläuterungen mit, daß die unzulängliche Beschaffenheit des Rathaues umsonst und wertvolle Verschönerungen erfordere und durchgehende Maßnahmen benötigte. Es sei kein überdecker Futterkasten vorhanden, der Futterboden im Stall sei unzureichend, die Beschaffenheit sei zum großen Teil eingestürzt und nicht einmal ein Selbstbräu-Anlage für das Vieh sei vorhanden. Der Rathaues müsse nach neuesten Gesichtspunkten umgebaut werden, um weiteren Schäden vorzubeugen. Die Kosten des geplanten Umbaus seien nach oberflächlicher Berechnung auf etwa 10 Millionen Mark veranschlagt worden, man werde aber voraussichtlich mit einer Summe von ca. 20 Millionen Mark rechnen müssen. Die entstehenden Kosten würden aus den laufenden Einnahmen des Rathaues gedeckt werden können. Durch den Umbau könne ferner die Gemeinde auch Arbeitslosengeld schaffen und somit beiseite auf den Arbeitsmarkt einwirken. Der Rathauesausbau habe im Prinzip die Notwendigkeit des Umbaus anerkannt und beschloßen, Kostenanschläge einzuholen. Herr Velt. (Sax.) empfahl ebenfalls die unbedingt erforderliche Vornahme des Umbaus. Auch Herr W. (Sax.) erklärte sich an dem Vorhaben einverstanden und wünschte, die Vorarbeiten möchten nicht in die Länge gezogen und der Bau mit Beschleunigung getätigt werden. Auf eine Anregung des Herrn Schiller (Vierack.), die Kruppenkasten und den Futterboden möglicherweise sofort anzuschaffen, erwiderte Herr Gen.-Velt. Günther, daß bereits alles in die Wege geleitet sei, um den Folgen weiterer Vereiterung zu begegnen. Hiermit erklärte sich auch der Gemeindevorstand mit der Vornahme des Umbaus einverstanden. — Herr Gen.-Velt. Günther nahm gleichzeitig Kenntnis, bekannt zu geben, daß der Gemeindevorstand 1 Million Mark als Pfandlohnzahlung für das laufende Wirtschaftsjahr aus Rathauesumlagen zugewiesen wurden und daß dem Wohlfahrtsausschuß ca. 10 Tausender Mark für den Ankauf von 30000 M. pro Tausender verabschiedet werden sollen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag eingereicht um Vereinstellung von Mitteln zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Wäsche für bedürftige Konfirmanden. Auf Vorschlag des Finanzsausschusses wurde beschlossen, die erbetenen 300000 M. zu bewilligen und den Betrag dem Wohlfahrtsausschuß zur Verfügung zu stellen. Der Betrag wird bei der nächsten Rathauesabstimmung abgeteilt. — Herr Gen.-Velt. Günther erklärte sich auch der Gemeindevorstand mit der Vornahme des Umbaus einverstanden. — Herr Gen.-Velt. Günther nahm gleichzeitig Kenntnis, bekannt zu geben, daß der Gemeindevorstand 1 Million Mark als Pfandlohnzahlung für das laufende Wirtschaftsjahr aus Rathauesumlagen zugewiesen wurden und daß dem Wohlfahrtsausschuß ca. 10 Tausender Mark für den Ankauf von 30000 M. pro Tausender verabschiedet werden sollen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag eingereicht um Vereinstellung von Mitteln zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Wäsche für bedürftige Konfirmanden. Auf Vorschlag des Finanzsausschusses wurde beschlossen, die erbetenen 300000 M. zu bewilligen und den Betrag dem Wohlfahrtsausschuß zur Verfügung zu stellen. Der Betrag wird bei der nächsten Rathauesabstimmung abgeteilt. — Herr Gen.-Velt. Günther erklärte sich auch der Gemeindevorstand mit der Vornahme des Umbaus einverstanden. — Herr Gen.-Velt. Günther nahm gleichzeitig Kenntnis, bekannt zu geben, daß der Gemeindevorstand 1 Million Mark als Pfandlohnzahlung für das laufende Wirtschaftsjahr aus Rathauesumlagen zugewiesen wurden und daß dem Wohlfahrtsausschuß ca. 10 Tausender Mark für den Ankauf von 30000 M. pro Tausender verabschiedet werden sollen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag eingereicht um Vereinstellung von Mitteln zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Wäsche für bedürftige Konfirmanden. Auf Vorschlag des Finanzsausschusses wurde beschlossen, die erbetenen 300000 M. zu bewilligen und den Betrag dem Wohlfahrtsausschuß zur Verfügung zu stellen. Der Betrag wird bei der nächsten Rathauesabstimmung abgeteilt. — Herr Gen.-Velt. Günther erklärte sich auch der Gemeindevorstand mit der Vornahme des Umbaus einverstanden. — Herr Gen.-Velt. Günther nahm gleichzeitig Kenntnis, bekannt zu geben, daß der Gemeindevorstand 1 Million Mark als Pfandlohnzahlung für das laufende Wirtschaftsjahr aus Rathauesumlagen zugewiesen wurden und daß dem Wohlfahrtsausschuß ca. 10 Tausender Mark für den Ankauf von 30000 M. pro Tausender verabschiedet werden sollen.

Die Beschlussefassung über die Festlegung einer Gebühr für Einkassieren der Stromgelder des Elektrizitätsverbandes Erzda wurde, da eine Einigung nicht herbeigeführt werden konnte, für heute abgesetzt. Beschlusse wurde, daß die Stromgelder künftig von Einzelnehmern durch deren Konten bestrichen und von den übrigen Konsumanten an einem zu bestimmenden Termine in der Gemeindefasse abgeführt werden sollen.

Der Verwaltungsausschuß hat beschlossen, von den bisherigen vier Stellvertretern für das Wirtschaftsjahr 1928/29 die Herren S. (Vierack.), V. (Sax.) und W. (Sax.) zu wählen. Herr W. (Sax.) hat sich für die Wiederwahl in Vorschlag zu bringen, die Wahl eines 4. Stellvertreters aber zu vertagen. Das Kollegium beschloß in diesem Sinne.

Wit der für das Jahr 1928 festgesetzten Erhöhung der Gebühren auf 100000 M. für die Privat-Einstellungsanlage im Gemeindevorstand erklärte man sich einverstanden.

Mitteilungen und Anfragen. Herr Gen.-Velt. Günther teilte die gegenwärtigen Unterhaltungskosten für die Sozialrentner und für die Arbeitslosen mit. Das Kollegium verweigerte die auf die Gemeindefasse entfallenden Anteilbeträge. — Im Anschluß hieran berichtete Herr Gen.-Velt. Günther über die seinerzeit festgesetzten Erwerbslosen-Werksamung, in der u. a. beschloßen worden sei, die Gemeindevorstände für die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten besorgt sein, sowie 2. eine entsprechende Erhöhung der Unterstützung für langfristige Erwerbslose zu fordern. Im weiteren befragte Herr Schmidt die des öfteren zu beobachtende Gelegenheit, bei Einkassierung von Arbeitern solche aus den Nachbarorten heranzuführen, trotzdem in Erzda genügend Arbeitslose vorhanden seien. Herr Gemeindevorstand konnte bekanntgeben, daß die Landkomm. W. M. beschloß, demnach mit dem Bau eines Beamten-Wohnhauses und dem am Rathaues zu errichtenden Gebäude zu beginnen. — Herr Gen.-Velt. Günther nahm Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß das Aufsuchen der Wohnungsausschußmitglieder in deren Wohnungen unterbleiben möchte, da bei Wohnungsfragen ein einzelnes Mitglied nicht zuständig sei und das Vorstehen als unangenehme Störung empfunden werden müsse. — Auf Antrag des Herrn Horn wurde beschlossen, dem Ortsrat für Erreichung einer Sozialabgabe einen Antrag zuzufügen, der bestimmt, daß der zur Notgemeinschaft geleistete Beitrag bei einem einmaligen Sozialabgabe anzurechnen sei. — Herr W. (Sax.) brachte schließlich noch die Kontrollmaßnahmen der Abgabe von Butter durch die hiesigen Händler zur Sprache und wies auf das von der Gemeindevorwaltung eingeführte Verfahren hin, nach dem bekanntlich die ausländische Butter durch ein mit dem Gemeindevorstand ver-

lebener Stoff gewonnen ist. Aus mehreren während des amlich umfangreichen Auspruchs anwesenden Beteiligten ergab sich, daß der Butterverkauf trotz harter Kontrolle, nicht einwandlos sein würde. Die Kontrolle der Milch seien nach Beschreibungen des Herrn Gen.-Velt. Günther seit 1. Februar intensiv geregelt, als für maßgebend behandelte Milch und für solche, vom Landwirt bezogen, besonders große Kontrolle wurden. Es wurde angeregt, insbesondere beim Handel mit Butter strengste polizeiliche Maßnahmen zu treffen und auch das Umwesen des Verkehrs nach auswärts zu überwachen. Vor allem sei aber sehr erwünscht, daß seitens der Verbraucher auf die Möglichkeit der eigenen Kontrolle mehr Wert gelegt werde.

Die öffentliche Sitzung wurde gegen 10 Uhr geschlossen.

Gesamtlage des Landbestrautes.

Die 70. Sitzung des sächsischen Landbestrautes eröffnete, wie die „Dresdn. Nachr.“ berichtet, General-Oekonomierat Dr. Andrae mit einer Ansprache über die Ernährung Deutschlands über die Bezüge im Ruhrgebiet. Der Landbestraute erwachte daraus die Pflicht, alles zu tun, um die Ernährung des Volkes sicherzustellen und dadurch die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung des Ruhrgebietes zu stärken. Im Zusammenhang damit erläuterte der Vorsitzende die Organisation, die der Deutsche Landwirtschaftsrat zur Erbringung von Hilfsleistungen aus der Landwirtschaft geschaffen hat. Diese Organisation wird auch mit den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern wegen Beteiligung an dieser Hilfe verhandelt. Planloses Hinsinken von Naturallieferungen habe keinen Zweck. Es ergebe sich, daß im altsächsischen Gebiet sehr wenig Getreide an der Hand; es müsse also von der Landwirtschaft für das ganze deutsche Gebiet gefordert werden. Es sollen nach abzustufen den Klassen 2, 3, 4 und 5 Bund Roggen für den Dektar als freiwillige Gaben eingefordert werden. Diese Sammlung soll nicht in vollem Umfang für das Ruhrgebiet aufgewendet, sondern zum Teil der Nothilfe Sachseus zugeführt werden. Die Verammlung erklärte sich mit diesen Vorschlägen einstimmig einverstanden.

Aus dem umfangreichen Bericht über die Tätigkeit des Landbestrautes seit der letzten Gesamtsitzung, den der Direktor Prof. Dr. Schöne erläuterte, ist hervorzuheben, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitgeteilt habe, daß die Einkünfte auf die Getreidemenge sehr gering seien. Es sei bisher der Bedarf für Roggenbrot für noch nicht einschließlich Monat eingeliefert. Im Verhältnis zum Vorjahre sei viel mehr Auslandsgetreide beschafft worden. Eine Erweiterung des Einfuhrprogramms sei beim Stand der Politik ausgeschlossen. Das Reichsministerium für Wirtschaftsausschüsse habe in Sachsen einzelne Kommunalverbände mehr als das nötige Mittel abgeliefert hätten, andere hätten die Frist nicht eingehalten. Der Landbestraute hat darauf erwidert, daß die sächsischen Landwirte trotz des erheblich geringeren Ernteausses auch in diesem Jahre ihres Ablieferungsplans nachkommen seien. Zu verweisen sei noch auf die Notwendigkeit, die oberen Lagen des Erdbeerlandes und des Vogtlandes von der Umlage zu befreien. Den Bemühungen der sächsischen Regierung ist es darauf gelungen, für Sachsen einen Erlaß von 14 000 Tonnen zu erreichen, der den hauptsächlich von der Not betroffenen Kommunalverbänden zugute gekommen ist. In dem Gesamtumfang wegen der Befreiung von Strohobst, dänger für abgeliefertes Getreide im Wirtschaftsjahr 1928/29 hat der Landbestraute seine Zustimmung erteilt. Er verkenne jedoch nicht die Schwierigkeiten, die mit der Durchföhrung verbunden sein werden. Zur Vermeidung von Ungerechtigkeiten müßten bei der Verteilung auch diejenigen Wirtschaften berücksichtigt werden, die infolge von Witterungs und der Umlage ganz oder teilweise befreit werden müßten. Es müße aber mehr Eifer aufgebracht werden als bisher, da die Landwirtschaft bisher die gesamte Erzeugung abgenommen habe. Nehme das Reich einen Teil in Anspruch, so werde nur die Verteilung gestört.

Aus den vielen Gegenständen des inhaltlich sehr reichen Berichtes ist noch zu entnehmen, daß von allen Nahrungsmitteln heute noch die Kartoffel das preiswerteste ist. Bei der Beschaffung des Bunkes „Gewerkschaften von Brotgetreide“ wurde ein Antrag von Oekonomierat Richter angenommen, der dahin ging, unter ausföhrlichen Darlegungen die sächsischen Regierung aufzufordern, um die Befreiung aller Zwangsmaßnahmen gegen die Landwirtschaft und aller Art Zwangswirtschaft bemüht zu sein. — Bei der Besprechung der Romnengabe und der Beschaffung von „Rapsenslein“ wurde mitgeteilt, daß, wenn nicht schon bis Anfang April in größtem Umfang und mit der größtmöglichen Gewissenhaftigkeit geleistet werde, der gesamte sächsische Viehbestand an die Kasse verloren sei. Es sei aber u. a. auch der kleinste Bauerntauschstand die allerbeste Ertragsquelle für den Landwirt. — Eingehend wurde auch über die Milchpreise verhandelt. Mehrere Redner legten dar, daß die von der Höchstpreisverordnung eingeföhrten Milchpreise das Betriebskapital des Landwirts vernichteten. Auch müßte die Höchstpreisverordnung gar nicht; es gäbe zu den in ihr festgesetzten Preisen überhaupt keine Butter; der Händler verteuere sie um das Doppelte, und für diesen Preis könne man bekommen, so viel man brauche. Eine Entschließung, die energisch die Befreiung der Milchhöchstpreisverordnung forderte, wurde angenommen. — Auch zum Thema „Arbeitsmangel auf dem Lande“ wurden allerlei Vorschläge und Meinungen vorgebracht. Von Regierungsseite wurde ein Vorschlag in Aussicht gestellt, daß die Umstellung vertragsbrüchiger Landarbeiter unter Ertrage stellt.

Der Haushaltsplan des Landesbestrautes balanciert die Einnahmen und Ausgaben mit 600 000 000 Mark. Das sind rund 73 1/2 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Danach erfordern u. a. die landwirtschaftlichen Schulen einen Aufwand von 15 Millionen Mark. Die Staatsbeiträge sind mit 20 Millionen Mark zu geringfügig, daß sie zu weiteren an gewissen Stellen, namentlich im Unterrichtsweesen, von den Ueberweisungs- und Sachlverbesseforten übertröfen werden. Die Beiträge der Wahlberechtigten wurden mit 708 Millionen Mark genehmigt. Nach Gesamtgenehmigung des Haushaltsplanes wurde über die Erhebung von Beiträgen der Wahlberechtigten für 1928 verhandelt. Die Verammlung beschloß, den Ständigen Ausschuß zu ermächtigen, von den Wahlberechtigten für das Rechnungsjahr 1928 Beiträge zu erheben in Höhe des Wertes von 25 000 Tausender Mark, und das Wirtschaftsministerium zu eruchen, vermitteln zu wollen, daß die Beitragserhebung durch die Landbestrautämter angeordnet wird. Da Sachsen ungefähr eine Million Dektar landwirtschaftlich benutzter Fläche umfaßt, so entfallen im Durchschnitt auf einen Dektar rund 2 1/2 Pfund Roggen.

Bermittlendes.

Wetter der Geobliederei. Einen traurigen Fund machte ein Oberwachmeister der Schulpolizei, als er auf einem Dienstage den Leichensplan über die stierzte. Etwa 300 Meter von der Straße Woldam-Gilmede entfernt lagen die vollständig gefüllten Leichen von zwei Männern. Allem Anschein nach handelt es sich um

...montieren, die ein ...

Das Ratrium einer Mutter. An das Hauptmann ...

Der Fischer in Gefahr. Von der Oberwieser wird uns geschrieben: Wenn zur Sommerzeit die Schuppen der ...

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 14. Februar 1923.

Die Rede Bonar Law's im Unterhause.

(London. Nach einer ergänzenden Meldung sagte Bonar Law in seiner Unterhausrede unter Bezugnahme auf die letzten Konferenzen in London und Paris, er hätte ...

Der Minister erinnert dann an die Bedingungen des französischen Vorschlags, der ...

Bonar Law sagte ferner zur Beleuchtung des Ruhrgebietes, er sei überzeugt, daß Frankreich mit diesem Schritt etwas tue, was unheilvoll nicht nur für Deutschland, sondern für Frankreich selbst sein werde.

Eine Rede Lord Curzon.

(London. Im Oberhaus sagte Lord Curzon, sein europäisches Problem könne durch eine Nation allein gelöst werden.

Wollwirtsch.

Oberschlesische Kohlenpreise. Laut Mitteilung der preussischen Bergwerksdirektion ...

Neue amerikanische Gewerkschaften.

Nach dem Beispiel der Gewerkschaft der amerikanischen Lokomotivführer werden, dem 'Ira' zufolge, in Kürze zwei weitere Gewerkschaften in New York eröffnet werden.

Landesverband der Sächsischen Getreide- und Futtermittelhändler.

In der Produktenbörse in Dresden hielt am Montagmittag der Landesverband der Sächsischen Getreide- und Futtermittelhändler seine Jahreshauptversammlung ab.

Wollberichte.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 66000.

Table with 2 columns: Crop/Animal Name and Price/Value. Includes items like Roggen, Weizen, and various livestock prices.

Der Rhabarber als Rugs- und Tierpflanze.

Von W. Häbener.

In England hat man schon lange, bevor der Rhabarber bei uns als Küchenpflanze Eingang fand, seinen Wert als Rugs- und Arzneipflanze erkannt.

Der Rhabarber ist ausdauernd und nicht frostmempfindlich. Da die fleischigen Wurzeln tief in die Erde eintreten, so muß der Boden ...

Mit der Ernte der Blattstiele beginnt die Blütezeit der Rhabarberstängel. Die Blütezeit beginnt im Juni ...

Die Vermehrung des Rhabarbers durch Samen.

Die Vermehrung des Rhabarbers durch Samen wird vielfach nicht empfohlen, obwohl sie gar keine Schwierigkeiten bereitet.

Was die Sorten anbelangt, so haben die neueren Züchtungen mit langen und dicken Blattstielen und grünlichem Fleisch die alten grünlichen und grünlichgelben Sorten fast ganz verdrängt.

Der Rhabarber besitzt aber außerdem einen hohen Wert als Tierpflanze. Wegen seiner großen Blätter und der hohen prächtigen Stängel ...

Die Spinne.

Roman von Sven Eversh.
Berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen
von Julia Koppel.
Amerikan Copyright 1922 by St. Sur. N. Ende, Dresden-St.
9. Fortsetzung.

Erst gegen 11 Uhr begannen sich die Räume des Regatta-Klubs zu füllen.
Die Vorstellungen im Theater waren zu Ende, und mehrere Herren kamen von dort. In dem großen Speisesaal wurde gegessen, und hinterher versammelten sich die Herren in plaudernden Gruppen in den Rauchzimmern.
Man sprach von den Begebenheiten des Tages.
Eine fatale Geschichte mit Karl, sagte Architekt Biffen zu Generalkonsul Tönnebu, „und merkwürdig, daß es sich gerade nach dem Tode des Bruders ereignete.“
„Ein tadelloses Diner“, brummte der Generalkonsul.
Falkenberg hat sich diesmal wirklich selbst überlassen. Aber er soll auch glänzende Geschäfte mit diesem Herrn Steigel gemacht haben. Man spricht von einem Verdienst von 80000 Mark.
„Einige sagen vierzig“, schob der Architekt ein.
Jetzt aber kehre der Generalkonsul zu dem Ausgangspunkt ihrer Unterhaltung zurück.
„Ach ja, ach ja, dieser Karl, dieser Karl“, murmelte er.
„Was macht die Liebe“, flüsterie der Architekt.
„So? War Liebe mit im Spiel?“
„Ganz ohne Frage, alter Junge, er hatte sich wahrhaftig in Valentine, die schöne Witwe, verliebt.“
„Und sie wollte ihn nicht haben?“
„Sie hielt ihn wohl für einen zu großen Windhund. Aber sie gehattete ihm immerhin, einige Tausende für sie auszugeben. Es waren sicher nicht ganz wenige.“
„Einige andere Herren traten hinzu.“
„Ob sie geldgierig ist?“ schob der eine ein.
„Das kann niemand wissen“, antwortete der Architekt schnell.
„Sie will sich amüsieren, sie liebt es, mit Menschen zu verkehren, die nicht auf Geld sehen. Und welche Dame von Welt tut das nicht?“
„Sie ist jedenfalls ein verdammt schönes Weib“, sagte der Generalkonsul mit Kennerniene.
„Besundernd!“ rief er im Chor.
„Was für eine Haltung!“ rief der Architekt. „Wenn sie hereinkommt, meint man, eine Fürstin vor sich zu haben.“
„Und was der kleine Teufel für Augen hat!“
„Ja, Donnerwetter, was für Augen!“
„Aber wer ist sie eigentlich?“ ließ sich die gleiche trockene Stimme von vorn vernehmen.

„Wie ist die Tochter eines Generals Karben“, sagte der Architekt.
„Ihr Mann war ein Deutscher und sie hat auch mehrere Jahre in Deutschland gelebt. Man sagt, daß ihr Mann ein ganz hübsches Vermögen hinterlassen hätte.“
„Jedenfalls trägt sie oft Perlen um ihren Hals und ihre Handgelenke. Ich sah sie neulich bei der Festvorstellung. Sie erregte im ganzen Theater Aufsehen. Wo sie in den Zwischenszenen ging, war es dunkel von Herrentröden.“
„Was will sie hier eigentlich?“
„Das weiß niemand. Vielleicht ihr altes Vaterland besuchen? Heimweh? Wer weiß, vielleicht nur die Luft in Christiania zu atmen.“
„Wahrscheinlich wurde die Aufmerksamkeit der Herren von etwas neuem in Anspruch genommen.“
„Aber in aller Welt kloppt der Sekretär denn da heran?“
„Kenne ihn nicht, habe ihn noch nie gesehen.“
Der Sekretär kam auf sie zu.
„Darf ich Ihnen einen Gai vorstellen?“ sagte er. „Herr Grundbesitzer vom Aam aus Finnmarken.“
Der Neulingseingekommene verbeugte sich vor den Herren, während ihre Namen der Reihe nach genannt wurden.
Es war ein dunkelhaariger Herr von mittleren Jahren. Er war tadellos gekleidet, sprach mit etwas schwebender Rede und bewegte sich gefest und gemessen.
„Er sieht sehr ernst aus“, flüsterie der Architekt, während er mit dem Generalkonsul anstand.
„Ich bin ein guter Freund des Sekretärs“, sagte Herr Aam, „er war so freundlich, mich hier einzuführen. Es freut mich übrigens, die Bekanntheit der Herren zu machen, denn ich bin selbst leidenschaftlicher Segler.“
Die Worte des Ingenieurs gaben Veranlassung zu einer längeren Unterhaltung über Segelsport im allgemeinen und die letzten Regatten im besonderen. Verschiedene Meinungen trafen aufeinander, und die Unterhaltung wurde sehr lebhaft.
Ohne daß jemand darauf achtete, zog Herr Aam sich indessen aus dem Gespräch. Schließlich hand er ganz allein mit Architekt Biffen, während die Unterhaltung, die er in Gang gebracht hatte, sie wie ein Wirbelwind umgab.
Wieder kam ein neuer Gai. Er wurde mit allgemeinem Wohlwollen empfangen. Es war ein vorzüglicher runder Herr.
„Kennen Sie ihn?“ fragte der Architekt.
„Nein, aber wie ich höre, ist er Schwede“, antwortete der Grundbesitzer.
„Ganz recht, er ist Mitglied des Stockholmer Segelklubs. Sein Name ist Wikström, er ist Advokat. Sehr angenehmer Mensch.“

„O? Hält er sich schon längere Zeit hier auf?“
„Er hat zwei oder drei Monaten, aber er hat bereits viele Freunde gefunden. Er ist auch einer von Ihren Bewunderern.“
„Ach, das ist wahr. Sie sind ja fremd hier und kennen natürlich nicht Valentine, die schöne Valentine Kempel.“
„Rein, die kenne ich nicht“, antwortete der Ingenieur. „Dann müßten Sie sehen, so schnell wie möglich ihre Bekanntheit zu machen; ich kenne sie gut“, bemerkte der Architekt selbstbewußt, „ich werde Sie gern bei Gelegenheit vorstellen.“
Plötzlich verknümmte der Arm und aller Augen richteten sich auf die Tür, durch die ein Herr eintrat.
„Wer ist der Herr?“ fragte Ingenieur Aam.
„Konful Einar Falkenberg“, antwortete der Architekt.
„Sein Bruder ist toben, heute nacht, gestorben — wie man sagt, hat er sich erhängt. Aus Liebe zu Valentine.“
„Rein, wirklich?“ rief Herr Aam. „Wie interessant!“
Die Unterhaltung in den Rauchzimmern wollte nicht wieder in Gang kommen. Es war, als ob Falkenberg's plötzliches Erscheinen dem allgemeinen Wohlbedagen einen Dämpfer aufsetzte.
Falkenberg hatte selbst das Gefühl, daß die anderen es fesseln fanden, daß er heute in den Klub kam. Er sah auch nicht ein, warum es so unbedingt notwendig war.
Er bestellte sich einen Whisky mit Soda und setzte sich an einen Tisch, wo bereits drei, vier Herren saßen, darunter der Advokat. Nach einer Weile wurde er auch dem neuen Gai, Grundbesitzer Aam aus Finnmarken, vorgestellt.
Falkenberg war sehr unzufrieden mit seiner Lage. Er wünschte, daß er zu Hause wäre. Die Zeit verstrich. Es war bereits nach 12 Uhr und noch immer kam kein Wikström. Er wurde aus seinen Grübeleien geweckt, als er Wikström's Stimme hörte, die fragte: „Herr Falkenberg, haben Sie nicht Lust zu einer Partie?“
Falkenberg stimmte sogleich zu. Auf diese Weise würde die Zeit schneller vergehen und außerdem hätte Wikström Arroganz in so ausdrücklich aufgefordert, Karten zu spielen.
Als die Herren am Spieltisch Platz genommen hatten, wurde beraten, was gespielt werden sollte.
„Poker“, schlug Falkenberg vor. „Es ist das leichteste und spannendste Spiel.“
„Einverstanden“, hieß es allgemein.
Und dann spielten die Herren Poker. Aufrichtiger als nie. Das Glück wechselte. Da schlug Advokat Wikström vor, den Einsatz zu erhöhen, und gleich darauf kam eine bedeutende Summe auf den Tisch. Falkenberg bekam nach und nach Interesse am Spiel. Anfangs war das Glück wechselnd.

Wir kaufen jede Menge Stroh- u. Röstflachs
gegen Rücklieferung von Webwaren eigene Verfertigung. Bestellungen auf Sa-Beinfaat bitten man sofort aufzugeben.
Sächsische Flachsbereitungsanstalt G. m. b. H.
Tr.-Pl. Zeithain.

Achtung!
Freitag und Sonnabend
pa. Fohlenfleisch.
Spezialität: A. Weitzwurst, H. Knoblauchwurst.
Mehlhorn, Pferdegeschlächtere, Gröba
Rischstraße 10 — Tel. 685.

Lumpen, Papier, Altmetalle, Alteisen
kaufe im Hofe Weitzner Straße 4. Größere Mengen hole ab. Wilhelm Hauck.

Alte leerstehende Fabrik
freigelegen, oder Grundstück mit alten Schuppen, möglichst am Wasser, zwischen Riesa, Döbeln, Dresden zu kaufen gesucht.
Off. unter J B 9984 an das Tageblatt Riesa.

Ein Hobelmeister ein Spaltmeister
für schwere vierseitige Hobelmaschine mit Wagemesser, für Spalt-, Kreis- und Bandhäge.
Offerten von durchaus energischen, mit den Maschinen auf das Beste vertrauten zuverlässigen Herren, der Wohnungsfrage wegen möglichst unverändert, unter X A 9973 an das Tagebl. Riesa erb.

Schäferhündin
mit labmer rechter Hinterpfote entlaufen. Gegen Belohnung u. Vergütung der Futterkosten abzugeben bei Paul Starke, Albertplatz.

2 Pfordedecken
Montagabend verloren. Geg. Belohnung, abzugeben. Stein, Rischstr.

Geschäftliche und private
Druckfachen aller Art werden bei sauberster u. gleichmäßiger Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von Tagesblatt-Druckerei Riesa, Goethestr. 59.

Ein Wirtschaftsgebille
Wohlbekanntes oder unbekanntes Zimmer von anst. jungen Herrn sofort ab, später zu mieten gesucht. Offerten unter X B 9988 im Tagebl. Riesa.

Nutzholzversteigerung
Freitag, am 23. Februar, kommen meistbietend gegen Barzahlung zur Versteigerung:
ca. 600 hölzerne Stämme und Derrstangen, bis 30 cm Unterstärke und bis 14 m lang
ca. 200 hölzerne Stangen (Baumpfähle usw.)
ca. 25 Birken verbleibender Stärke
ca. 20 Linden, etwa 25 cm Durchmesser
sowie diverse Eichenstämme, Eichen und schwächere Erlen (Bantoffelholz). — Zusammenkunft 9 Uhr am Ritterrautshofe. Ritterrautverwaltung Borna.

Die uns angeschlossenen Mühlen:
F. J. Köpfer, Riesa
Eduard Schmidt, Poppitz und
Otto Saacke, Grödel
kaufen stets
alle Arten Getreide
zu höchsten Tagespreisen.
Handelsmühlvereingung Großenhain
— G. m. b. H. —

Bekanntmachung.
Die Preise für markenfreies Gebäck sind ab 15. Februar 1923 folgende:
1 Brotchen 75 M.
1 Pfund Roggenbrot aus 85% Mehl 600
1 Pfund Roggenbrot aus 75% Mehl 650
1 Pfund Zwieback 300
Gastlohn für 1 Pfund Mehl zu Brotchen 120
Bäcker-Innung Riesa.

Man verlange überall
Radberger Bismar!
Landwirtschöcher
Mitte 30er, sucht baldigt Stellung auf Gut oder in frauenlosem Haushalte als Wirtschöcherin.
Biete Offerten an Herrn Gutsherr Obenaus, Jankwitz b. Strebitz, Elda.
Sauberes, kinderliebendes Mädchen aus besserer Familie als
Aufwartung
für ganzen Tag u. 1. März gesucht. Frau Dr. Trillmich, Dobe Str. 20, 1.

Wirtschaftsgebillen
der die 1. Wieder übernimmt. Familienanschluss wird gewährt.
Vennwitz, Reishain.
Junge hochtragende
Ziege
zu verkaufen
Weiba, Schillerstr. 19.
Suche zu kaufen eine
kräftige ausgewachsene
Racke.
Jansen, Glaubitz.

Bereinsnachrichten
Mittlerer Verein „Artillerie, Wioniere und Train“, zum Begräbnis unseres Kameraden Polchow am 15. 2. stellt der Verein 2.30 nachm. Gold. Engel.
Chorverein. Probe fällt diese Woche aus. Nächste Probe 22. d. M. 8 Uhr. — Karten zum ersten Schumann-Abend (200 M. für Mittel, 300 M. für Nichtmitgl.) 23. d. M. bei Hoffmann und Jäger. Nichtzeitig kaufen!

Arbeitgeberverband Großenhain und Landw. Verein Riesa
geben hiermit bekannt, daß die am 17. d. M. fällige Monatsversammlung 8 Tage später, am 24. Febr., nachm. punkt 4 Uhr im Wettiner Hof stattfindet. Neben den Tagesfragen Vortrag des Herrn Landtagsabg. Gutsdamer-Schreiber-Wischwitz über
Politik und Landwirtschaft.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Arbeitgeberverband Großenhain
Landw. Verein Riesa.

Gohrs & Amme Nachfolger, Statin
Lübeck
Untertrave 48-49.
Telegr.-Adr. Gohrsiam.
Spezialität:
Umschlag von Säckgut und Waffentransporten.

Lumpen, Papier, Altmetalle, Alteisen, Knochen, Flaschen und Zäffer
kauft
Paul Altermann, Riesa, Rindell 2a.

Für die wohlthuenden Beweise der Teilnahme, trostreichen Worte und Gesänge beim Heimgangs unsers lieben Entschlafenen sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus.
Glaubitz,
am Begräbnistage.
Oswald Sucher
und Angehörige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss und Willen entschliesse heute morgen sanft und ruhig nach kurzem Kranksein meine innigstgeliebte Frau, meine liebe Mutter, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Jda Elsa Hanke geb. Nitsche
im blühenden Alter von 43 Jahren. Dies zeigt schmerzzerfüllt an der tieftrauernde Gatte Oskar Hanke im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.
Heyda, am 14. Februar 1923.
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 1/2 Uhr.

Ein Haus
L. glücklicher Lage der Stadt zu kaufen gesucht. Wohnungs-Tausch vorhanden. Off. erb. mit G B 9982 an Zanebl. Riesa.
Kommode
zu verkaufen. Woltmann, Tr.-Pl. Zeithain, O. B. 3.

1 kleine Trommel
mit Zubehör preiswert zu verkaufen. Ein- und Verkaufsgeschäft Karl Hoffmann, Gröba, Dammweg 4. Tel. 670.
Cheviot
in verschiedenen Farben ist wieder eingetroffen bei Jda Tiegel Albertplatz 8.

Möbel
neue und gebrauchte preisw. zu verkaufen
Oskar Wiese
Riesa, Bruchgasse 4

Bötelfässer
in allen Größen empfehlt
Böttcherei B. Lampitz
Marktstr. Decurtus 202.
Frische Seefische
frische grüne Heringe.
Clemens Bürger.

Hotel Höpfer
Donnerstag, 15. Febr. 8 Uhr 4. Markt. Heide W
Wie man's macht ist's falsch!
(Das Finde-Roggen-Feinster Komödie in drei Aufzügen v. O. Enting.)

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben kleinen
Vottchens
legen wir allen herzlichsten Dank für Blumenpenden und Trostworte. Böhmerstr. den 13. 2. 1923. Familie Otto Richter.
Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.

Die Lage verschärft sich immer mehr.

Der verschärftste Ruhrkrieg.

Frankreich und Belgien bedröhen im Norden und im Süden die Besatzungszone immer weiter aus. Am Niederrhein haben die Belgier die nördlichen Grenzstädte nach Holland, Emmerich und Wesel besetzt, während der französische Vormarsch im Vorfeld von Rehl die Hauptstadt Oeffen, Darmstadt, zum Ziel zu haben scheint. Gleichzeitig nimmt das Vorgehen der Franzosen gegen die Ruhrbevölkerung immer mehr das Bild eines inneren Krieges an. Es entwickeln sich dort Zustände, die an den irischen Aufstand aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg erinnern. Es wird aber immer klarer, daß Voicard nicht gegen die Reichsregierung, sondern gegen eine ruhige, friedliebende Bevölkerung Krieg führt, der durch die Abgrenzung des Ruhrgebietes vom übrigen Deutschland die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz systematisch zerstört werden. Aber trotz aller Brutalität und Verachtung der elementarsten Grundzüge des Völkervertrages, die selbst im Kriegeszeitung haben, ist Frankreich seinem Ziele nicht einen Fuß breit näher gerückt. Es hat die Wälder, die es erreicht, nicht mit Gewalt angeeignet, aber es muß die Hoffnung, sie produktiv zu machen, endgültig aufgeben und beginnt nun in seiner Enttäuschung sie zu zerstören.

Bei seinem Bestreben, die deutsche Wirtschaft zu ruinieren und die Reichsregierung zu vernichten, bildet die enghische Besatzungszone in Köln für Voicard ein ideales Hindernis. Die Linie zwischen den französischen Einbruchgebieten am Ober- und am Niederrhein einzuschneiden, und wenn sie auch durch den französischen Vorkrieg nach Bobwinkel-Oberfeld gewissermaßen unternimmt und von der Verbindung mit dem unbesetzten Deutschland abgetrennt ist, so bildet sie doch mitten in dem durch den Kampf um Recht und Gerechtigkeit aufgewühlten Rhein- und Ruhrlande eine friedliche Oase, in der Recht und Gerechtigkeit noch nicht zu Boden getreten sind. Die Engländer haben auch bisher sich kritisch geäußert, den Standpunkt wohlwollender Neutralität gegenüber dem Ruhrkrieg Voicard's irgendwie zu verlassen. Sie haben bisher abgesehen, den Transport der Ruhrkohle durch das von ihnen besetzte Gebiet zu lassen. Da das den Franzosen sehr unangenehm ist, so saugen sie an, sich mit der früher wegen der moralischen Wirkung so sehr gefährdeten Zurückziehung der englischen Truppen zu befassen. In der Tat würde heute, nachdem Frankreich unter Aufsicht aller moralischen Wirkungen seines Tuns alles auf die Gewalt gestellt hat, der Abzug der Engländer vom Rhein den Franzosen nur Vorteile, den Deutschen nur Nachteile bringen. Daher muß man, wie die Dinge heute liegen, als Deutscher den Wunsch haben, daß die Engländer vorläufig in Köln bleiben, damit nicht auch diese Hauptstadt des Rheinlandes in die Hand der Franzosen fällt.

Der Reichspräsident in Mannheim.

Der Reichspräsident und die Reichsminister Cser und Dr. Albert trafen gestern nachmittag in Mannheim ein. Die Reichspräsidenten sind am 10. Februar in Mannheim eingetroffen, wo sich die Leiter der staatlichen und städtischen Behörden, die Vertreter von Handel und Industrie, der Berufsorganisationen, der Handelshochschule und andere Persönlichkeiten versammelt hatten. In einer Begrüßungsansprache betonte der Oberbürgermeister den festen Willen der Bürgerlichkeit Mannheims, jedes Opfer zu tragen, um die feindlichen Angriffe abzuwehren und ihre Treue zum Reich zu bekunden. Der Reichspräsident erwiderte mit Worten des Dankes und der Ermutigung, daß an diesem Volkes alle Versuche einer Trennung von Nord und Süd gescheitert werden und versicherte, daß das Reich mit allen Kräften dazu beitragen werde, wo es möglich ist, Schäden und Wunden zu heilen.

Nach einer Ansprache des badischen Staatspräsidenten sprachen die Vertreter des Handels, des Handwerks, der Rheinischfabrik, der Gewerkschaften, des Angestellten- und des Beamtenbundes und der Handelshochschule. In feierlichen Erklärungen betonten sie den festen Willen zur Opferbereitschaft, einseitigen Abwehr, zur treuen Gefolgschaft hinter der Reichsregierung und zum selbstwerkständlichen, unerschütterlichen Festhalten am Reich. Mit einer Ansprache des Reichsministers Cser fand die eindrucksvolle Kundgebung ihren Abschluß.

Nach der Verlesung im Mannheimer Rathaus empfingen der Reichspräsident und die ausreisenden Reichsminister eine größere, alle Schichten der Bevölkerung vertretende Abordnung aus der Pfalz. Der Staatskommissar begrüßte namens der badischen Regierung und des pfälzischen Volkes den Reichspräsidenten und gab unter lebhaften Worten des Protestes gegen die französische Gewaltpolitik ein entschlossenes Treuegelöbnis des pfälzischen Volkes zum Reiche ab. Der Reichspräsident erwiderte mit der Versicherung von Treue und mit Worten des Dankes an die mannbarste kühnste Bevölkerung der Pfalz und gedachte im besondern der tapferen operierbaren Beamten. Nach ihm sprachen Mitglieder der führenden Körperschaften der Pfalz, der ausgewiesenen Beamten und Bürger sowie der Presse.

Reichsminister Dr. Albert erklärte namens der Reichsregierung unter Dankworten an die Vertreter die Bereitschaft des Reiches, nach besten Kräften zu helfen.

Zum Schluß empfing der Reichspräsident die Vertreter der badischen und der pfälzischen Presse.

Der Reichspräsident in Darmstadt.

Der Reichspräsident und die Reichsminister Cser und Dr. Albert trafen gestern nachmittag in Darmstadt ein und nahmen im Staatsministerium an einer Verlesung teil, an der der badische Staatspräsident, das Staatsministerium, die Leiter der badischen Behörden, der Bischof von Mainz, Vertreter der Städte und der Landgemeinden, der Beamtenbund, der Berufsverbände, der Handwerkskammern und anderer Organisationen des besetzten Gebietes erschienen waren.

Die Amsterdamer Internationale und die Ruhrbesetzung.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Der erste Sekretär der internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbundes Rimmens sprach Montag abend vor den Funktionären des Frankfurter Gewerkschaftsbundes über die Weltlage und die Aufgaben des internationalen Proletariats. Nachdem er den schlechten Stand der Arbeiterbewegung Frankreichs, Italiens und Englands gekennzeichnet hatte, bedauerte er, daß die Amsterdamer Internationale bei der Ruhrbesetzung die Erwartungen der deutschen Arbeiterklasse nicht erfüllt habe. Angesichts der Dummheit der Arbeiterklasse in den allierten Ländern sei es nahezu unmöglich, die Arbeitermassen zu einem internationalen Generalstreik zu veranlassen.

Der Streit der Essener Gastwirte.

Aus Essen wird gemeldet: Infolge der Weigerung der Gastwirte und Kaufleute, an Annehmlichkeiten der Besatzungsarmee zu verkaufen, spricht sich die Lage immer mehr zu. General Douner hat gestern an den Bürgermeister ein Schreiben gerichtet, in dem er mittelst Lokale, in denen Angehörige der Besatzungsmächten nicht bedient werden, würden nichtig mit Gewalt gekämpft werden. Im Hotel Kaiserhof, in dem die Ingenieurkommission ihren Sitz hat, ist gestern vormittag die Lichtanlage niedergerissen worden. Die Franzosen haben darauf mit der Abschneidung der Stromzufuhr an die ganze Stadt gedroht, wenn das elektrische Licht im Kaiserhof bis 6 Uhr abends nicht wieder funktioniere. Um 6 Uhr abends hatte der Kaiserhof noch kein Licht, und die Ingenieure mußten sich mit Kerzen behelfen. Ein Truppenkommando, das im nächtlichen Elektrizitätswerk die Abschneidung der Stromzufuhr durchführen sollte, mußte unverrichteter Sache abziehen, weil es verschlossene Türen vorfand.

Das „S. T.“ meldet aus Essen: Der Bahnhof von Essen wurde gestern mittag von den Beamten und Arbeitern besetzt, weil die Franzosen auf der Forderung der Besetzung des Bahnhofs 6 bestanden, der die Verbindung über Reitivig nach den südlichen militarisierten Linien herstellt. Nach der Bahnhof Besetzung dürfte den Betrieb einstellen. Am Bahnhof in Essen wurde ein 16jähriger Obersekundaner von einer französischen Wache weggeführt, wobei ihm ein Unteroffizier den Revolver an die Schläfe hielt. Am Eingange der Post erhielt der Sekundaner mit der Wertschätzung einen Schlag über die Hand und wurde später in einem Zimmer durch Fußtritte und Schläge mit der Wertschätzung über den Kopf misshandelt. Ein Offizier der Schupo erreichte schließlich die Freilassung des Jungen. — In Essen erschienen gestern im Geschäftshaus der Continental-Kaufhaus- und Guttagpercha-Compagnie Hannover drei französische Offiziere und forderten Zutritt. Auf die Frage nach der Besetzung zeigte einer der Offiziere auf seine Pistole. Die beiden Geschäftsführer wurden verhaftet; einer wurde schwer misshandelt.

Gestern früh brangen harte Teile französischer Kavallerie, Artillerie und Tanks, von Recklinghausen kommend, in die Stadt Gelsenkirchen ein. Die Hauptwache am Polizeipräsidium wurde unter Anwendung von Gewalt entwirrt. Die Polizeibeamten wurden abgeführt. Sie wurden unterwegs blutig geschlagen und mußten im Paradenmarsch gehen. Es war schließlich darauf abgesehen, sie so schmachvoll wie möglich zu behandeln. Man nimmt an, daß die Besetzung infolge des vorgeschrittenen Zwischenfalls erfolgt ist. — Gegen 4 Uhr nachmittags ist die gesamte französische Besatzung wieder aus Gelsenkirchen abgezogen, die besetzten Gebäude sind wieder geräumt. Mit Ausnahme der schon früher dort gelegenen Besatzung ist der alte Zustand wieder hergestellt. Neben dem Schaden der verhafteten abgeführten Polizeibeamten ist immer noch nicht das Mindeste bekannt. — In einer außerordentlichen Stadtsitzung teilte der hiesige hiesige Polizeikommissar Baurat Krenn mit, daß der französische Major gestern vormittag von der Stadt Gelsenkirchen die Zahlung von 100 Millionen Mark bis heute mittag gefordert hat als Sühne für den Zwischenfall mit den beiden Gendarmen-Offizieren. Dies sei von der Stadt abgelehnt worden. Die Stadtsitzung wurde aufgelöst, heute eine Abordnung zum General Degoutte nach Düsseldorf zu senden und wegen der Freilassung der Verhafteten zu verhandeln. — In den gestern in Gelsenkirchen vorgenommenen jährlichen Verhandlungen traf am Vormittag ein harte französische Truppenaufgebot mit Tanks, Minenwerfern usw. ein, das am Nachmittag mit den Verhafteten in Richtung Baur wieder abrückte.

Die Besetzung der Stadt Emmerich vollzog sich ohne Zwischenfälle; Verhandlungen wurden nicht vorgenommen. Im Haupt-Gasthof wurden sämtliche Beamten gefragt, ob sie unter belgischer Kontrolle weiter arbeiten wollten. Als sie dies ablehnten, wurden sämtliche Beamten entfernt. Der französische Kommandant drohte an, daß Geiseln genommen werden würden, falls sich Zwischenfälle ereignen sollten.

Dienstag früh 8 Uhr wurde das Jollant-Weser von den Belgiern besetzt. Jollant-Weser und Oberpostinspektor Wesche wurden interniert. Das Rathaus und der Bahnhof wurden ebenfalls besetzt. Die Stärke der Besatzung beträgt 1¹/₂ bis 2 Kompanien. Für 12 Uhr ist eine Stadtsitzung anberaumt.

Ueber die Betriebslage in Köln wird mitgeteilt: Der Bahnhof Gohendubbers wurde Montag vormittag 11¹/₂ Uhr von Belgiern besetzt. Das Verwaltungs- und Wohngebäude wurde gesperrt. Die Besetzung der Bahnhöfe ist 250 Mann stark. Bisher sind folgende Verhaftungen bekannt geworden: Ingenieur Blaschke und Eisenbahn-Ingenieur Jenzart, die Leiter der Betriebswerkstätten Koblenz-Rheinbahn und Koblenz-Völkelsbahn wegen angeblich in Koblenz vorgenommenen Sabotage-Akte. Lokomotivführer Klein aus Krefeld wurde verhaftet, weil er angeblich als Gewerkschaftsführer die Weiterführung des Juges, in dem sich der verhaftete Forkrat Berg befand, verhindert hatte. Aus bisher unbekanntem Grund wurden die Leiter der Bahnhöfe Geldern, Zanten und Rheinberg, die Eisenbahninspektoren Juro, Müller und Schmitz verhaftet. Schmitz wurde später freigelassen. Sämtliche Verhafteten befinden sich in den Gefängnissen von Aachen, Bonn und Duisburg.

Aus Essen wird gemeldet: Die Verkehrsfrage ist im allgemeinen ungerührt. Lokomotiven werden nur insoweit in das Reichsgebiet herausgelassen, als Lokomotiven bereinkommen. Gerüchtele verläutet, die Franzosen würden nach drei Tagen Verlonalansweisungskontrollen vornehmen.

Die Franzosen versuchen nach Mitteilungen von unabhängiger Stelle an verschiedenen Haupt-Eisenbahnknotenpunkten des besetzten Gebietes militärische Eisenbahnspezialisten einzurichten. Die ersten Versuche in dieser Hinsicht, die in Bonn unternommen wurden, haben aber bisher nur ein negatives Resultat gehabt. Auch die Einrichtung von militärischen Inspektionen in Krefeld, Aachen, Koblenz, Trier, Mainz und Ludwigshafen haben die Franzosen infolge der handhaften Weigerung der Eisenbahner nicht durchführen können.

Wie „S. T.“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, sind die Franzosen bisher nicht in der Lage gewesen, Kohlenzüge in größerem Umfang aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich und Belgien zu fahren. Seit drei Tagen versuchen sie, auf der Strecke Zunkerahl-Trier einen großen Kohlenzug abzuführen; bisher sind aber ihre Bemühungen auch mit Hilfe von drei Lokomotiven nicht von Erfolg gewesen.

Im Bezirk der Reichsbahndirektion Frankfurt am Main haben die Franzosen vorgestern in Wersdorf Waggons und Postwagen eines Verlonalansweisungskontrollen und sämtlicher Waggons weggenommen. Im Bezirk Ludwigshafen ist seit vorgestern nachmittag jeder Güterverkehr auf den

Pfaden und Straßen nach dem unbesetzten Gebiet gesperrt. Bahnhofsvorsteher Goennheimer, der Vorsitzende des örtlichen Betriebsrats Werner, beide aus Speyer, und Regierungsrat Huebel, Vorstand der Betriebsinspektion 2 in Ludwigshafen, wurden wegen angeblichen Verkehrs gegen die Verordnung 140 ausgemessen. Im Bezirk Mainz wurde der Betrieb auf den linksrheinischen Strecken Alsenz, Biedersheim, Alsenz-Konzenheim und Alsenz-Wilhelmsheim sämtlich wieder aufgenommen. Im Bezirk Karlsruhe ist die Lage unverändert. Der Güterverkehr aus der Pfalz ist eingestellt. Im Bezirk Trier versuchen die Franzosen noch immer, einen kleinen Militärbetrieb einzurichten, bisher allerdings mit wenig Erfolg.

In Donau bei Troisdorf sind 30 Waggons mit Halblein beschlagnahmt worden. Die Franzosen untersuchen auch Waggons mit Stäuben. Der Verlonalansweisungskontrollen wird durch die Kontrolle außerordentlich behindert. In Brafel ist eine Brotverfassung gegen die Verhaftung von Volkseigenen durch die Franzosen mit außerplanmäßigem Verlonalansweisungskontrollen worden. In Blankenheim wurde Deputatlose fortgenommen.

Der Fernverkehr mit Duisburg, Krefeld, Offenbach und Bielefeld ist unterbrochen. Das Telegraphenamt in Wiesbaden hat infolge Besetzung durch die Franzosen den Betrieb eingestellt. Beim Postamt in Mainz haben die Franzosen wieder eine Postkontrolle eingerichtet. In Saarburg (Bez. Trier) durchsuchten am 10. Februar abends zwei französische Gendarmen ohne Invektion der deutschen Postbeamten die Laderaume einer Waggons; den Protest des Postmeisters wiesen sie mit den Worten zurück: „Wir sind hier nicht in Berlin, wir vertreten die Armee“. Die Gendarmen drangen darauf in das Postamt ein, durchsuchten die Briefpost, rissen Umhüllungen von Drucksachen auf, nahmen Zeitungsummern und Drucksachen an sich, verlangten vom Postmeister die Angabe der Namen der Zeitungsbesitzer, was dieser ablehnte. Am 10. wurde der Telegraphendirektor Weis in Duisburg verhaftet; der in Essen verhaftete Oberpostinspektor Künzler ist ausgewiesen worden, er befindet sich jetzt in unbesetztem Gebiet.

Das Postamt in Gerdebe ist gestern mittag von 4 Offizieren und etwa 24 Mann umstellt worden. Die Offiziere drohten Strafmahnahmen an, wenn nicht geöffnet werde. Schließlich gingen die Soldaten vor. Ein Offizier schlug eine Fenster Scheibe ein, ließ die schwerbewaffnete Mannschaft eindringen und wies das Verlonalansweisungskontrollen an. Im Anschluss an den Brotverfassung der Bürgerlichkeit in Menge wegen Verhaftung des Amtmannes begann von gestern mittag 1¹/₂ Uhr ab eine 24stündige Stilllegung des Postbetriebes.

Der Telephonverkehr ist zwischen Köln und Düsseldorf seit gestern mittag gesperrt.

Die Belair sind in Aachen dabei, sämtliche oberirdischen Telephonleitungen zu zerstören, sodas Aachen vollständig abgeschnitten ist. Gegen 4 Uhr nachmittag war bereits die Verbindung mit Holland und Düsseldorf unterbrochen.

Im Februar sind bisher an Milch täglich nur 6000 bis 7000 Liter in die Stadt Essen bereingekommen, sodas auf ein Kind bis zu zwei Jahren täglich nur ein Liter Milch entfällt. Im Februar 1921 waren durchschnittlich täglich Milchmengen von wenigstens 35000 Liter nach Essen gekommen.

„Newport Herald“ berichtet, in gut unterrichteten Kreisen sei mitgeteilt worden, General Degoutte solle persönlich die Leitung der Maßnahmen im Ruhrgebiet übernehmen und General Degoutte binnen kurzem nach Mainz zurückkehren, um das Oberkommando über die Besatzungstruppen im Rheinland weiterzuführen. Diermit werde auch Degouttes Besuch in Paris am Sonntag erklärt. Wegen die Verstellung von Mangin als Leiter der Maßnahmen im Ruhrgebiet hätten die Engländer Einwendungen erhoben. Sobald Weyand im Ruhrgebiet eintreffe, sei eine intensive Tätigkeit wahrscheinlich und es verlautet, daß ihm eine gemischte französisch-belgische Wirtschaftskommission beigegeben werden solle. Die Italiener erklären, sie wünschten in dieser Kommission nicht vertreten zu sein, weil die Franzosen und die Belair gegen die Verwendung italienischer Arbeitskräfte im Ruhrgebiet gewesen seien, obwohl die allierten Pläne die Beschäftigung einer Abteilung von arbeitslosen Soldaten aus Algerien bei den beschlagnahmten Eisenbahnen vorgesehen hätten.

Die Protestnote gegen die Absperrung des Ruhrgebietes.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

„Die Deutsche Botschaft bezieht sich im Auftrage ihrer Regierung, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten auf seine Verbainnote vom 11. Februar 1923 folgenden zu erwidern:

Die französische und die Belgische Regierung wollen vom 12. Februar an die Ausfuhr der in den besetzten Gebieten hergestellten metallurgischen Erzeugnisse und sonstigen Fabrikate nach dem übrigen Deutschland sperren. Sie begründen diese Maßnahme mit dem Hinweis auf die von der Reichsregierung den deutschen Beamten im Ruhrgebiet erteilte Befehle sowie mit der Behauptung, daß die Reichsregierung in diesem Gebiet Unruhen aller Art hervorgerufen habe.

Die Begründung der neuen Maßregel kennzeichnet sich selbst als Vorwand und bezeugt keine Überlegung. Sie ist ein offenes Eingeständnis der Tatsache, daß die Besatzungsmächte mit den bisherigen Gewaltakten dem mit der Ruhrbesetzung begangenen Unrecht nicht haben zum Erlöse verheeren können, und daß sie sich deshalb zu immer schwererem Unrecht getrieben haben. Nachdem die zunächst verurteilte Requisition der Kohle und die alsdann angeordnete Sperre der Kohlenausfuhr nach den unbesetzten Gebieten nicht zum Ziele geführt haben, scheuen die Besatzungsmächte jetzt nicht einmal vor einer Maßnahme zurück, die mit der angeblich angestrebten Sicherung der Reparationsleistungen in keiner Zusammenhänge gebracht werden, sondern lediglich die Folge haben kann, das deutsche Wirtschaftswesen weiter zu zerstören.

Die Deutsche Regierung weiß, daß es den Besatzungsmächten auch mit diesem Gewaltakt nicht gelingen wird, sich die Verbrennung der besetzten Gebiete gelüßt zu machen. Sie protestiert gegen das neue Unrecht und macht die französische und die Belgische Regierung dafür verantwortlich, daß die Fügung ein deutsches zu Reparationsleistungen zum Nachteil aller allierten Mächte in immer höherem Maße vernichtet wird.“

Der Geschäftsträger in Brüssel ist angewiesen worden, eine gleichlautende Note zu übergeben.

Wundgebungen der französischen Friedensfreunde.

Die französischen Friedensgesellschaften erklären durch ihre ständige Declaration einen Protest gegen die Ruhrbesetzung. Sie erklären, in anbetracht des Umstandes, daß die militärische Besetzung die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vermindere und die künftigen Reparationszahlungen in Gefahr bringe, daß sie ferner die Währungsinstabilität Europas und Amerikas hervorruft, in Deutschland den Ruf auszuheften, zu ersten Anzeichen und damit gleichzeitig zu schweren Repressalien Anlaß zu geben und daß sie auf diese Weise in einen wahren Krieg ausarten könne, werde die öffentliche Meinung aufgefordert, die internationale Stimmung der Reparationsfrage zu verlagern, die allein einen Stand der Dinge herbeiführen könne, der tatsächlich eine internationale Krise darstelle. Die öffentliche Meinung müsse die Forderung ausprechen, daß der Völkerverbund die gemeinsame Wiederherstellung der verunfallten Gebiete einer Prüfung unterziehe und vorbereite, bezugnehmend die Sanktionen gegen Deutschland, den Ausgleich der Schulden sowie auch allgemein die wirtschaftliche, moralische und politische Organisation des Friedens.

Auf dem Kongreß der französischen Vereinigung: „Friede durch das Recht“, der in Nantes abgehalten wird, hat das Mitglied des Institut Charles Richet eine Rede gehalten, in der er auf die Rationalismen der verschiedenen europäischen Länder zu sprechen kam, darunter auch auf den deutschen Rationalismus. Wer, so fragte er, liege die Dinge in Frankreich nicht genau so? Haben wir seit dem Jahre 1919 uns keine Fehler vorzuwerfen? Wir haben schwarze Truppen nach Deutschland geschickt. Wir haben uns geweigert, deutsche Arbeit anzunehmen. Das Schlimmste aber ist die Befehung des Ruhrgebietes. Professor Richet nennt diese Handlung die erste, die bis jetzt unternommen worden sei, denn die Befehung werde Frankreich mehrere Milliarden kosten und nichts einbringen. Außerdem habe man sich die Feindseligkeit Englands, der Vereinigten Staaten, des lateinischen Amerikas, Schwedens und Spaniens zuzuziehen, und wenn ein neuer Krieg ausbrechen würde, hätte Frankreich nur Belgien an seiner Seite. Trotzdem ist Richet optimistisch. Er hofft, daß der gesunde Sinn sich Geltung verschaffen werde, und daß eines Tages der Völkerverbund den Frieden retten werde. Aber einen endgültigen Frieden werde man erst dann erzielen, wenn die internationale Gerechtigkeit ausgerichtet sei. Richet schloß, indem er die Christen aufforderte, sich von dem Geiste der letzten Encyklika des Papstes befreien zu lassen.

Die englische Thronrede.

Die Eröffnung des englischen Parlaments durch den König fand gestern mit dem üblichen Zeremoniell statt. Eine große Menschenmenge wohnte der Auffahrt des königlichen Huges bei und begrüßte den Monarchen und die Staatsmänner bei ihrer Ankunft vor dem Parlament mit lauten Beifallsrufen. Die Thronrede spricht das Bedauern darüber aus, daß auf der Pariser Konferenz kein allgemeines Abkommen erreicht worden sei und sagt, die englische Regierung habe in dem Wunsche, eine vollständige Regelung des Reparationsproblems zu beschleunigen, den Alliierten auf dem Gebiete der alliierten Schulden weitreichende Zugeständnisse gemacht, daß es aber trotzdem unmöglich gewesen sei, zu einem allgemeinen Abkommen zu gelangen. Daher seien die französische und die belgische Regierung mit ihrem eigenen Plan vorgegangen und Italien begünstige ihre Aktion. Die britische Regierung sei nicht imstande, an den Reparationsoperationen mitzuwirken oder an ihnen teilzunehmen. Sie handle aber in solcher Weise, daß sie die Schwermächte der Alliierten nicht vermehre. Die Rede weist dann auf die Weigerung der Türken hin, den Vaujaner Vertrag zu unterzeichnen, und spricht die Hoffnung aus, daß die Türken unterzeichnet werden, wenn der vollständige Bericht über die Verhandlungen der Konferenz in Lugana eingetroffen sein wird. Die Regelung der englischen Schuld der Amerika wird mit Befriedigung bezeichnet, da sie den Entschluß des britischen Volkes beweise, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden. Einschränkungen in den öffentlichen Ausgaben seien wegen der finanziellen Lagen des Landes dringend erforderlich. Die Thronrede gibt der tiefen Sorge wegen des ersten Standes des Arbeitslosenproblems Ausdruck, sagt, es seien besondere Maßnahmen ergriffen worden, um die Jobs zu finden, und weist hoffnungsvoll auf das jüngste Wiederaufleben des auswärtigen Handels, besonders mit den britischen Dominionen hin.

Die Debatte über die Thronrede wurde durch den Führer der Republikaner eröffnet. Raymond Macdonald sprach die Meinung der Arbeiterpartei dahingehend aus, daß die französische Ruhrbesetzung keinen Erfolg haben werde. Er beklagte den Geist, der in den Alliierten gelebt habe, als sie in die Reparationspolitik von Versailles eingingen und verlangte die Aufrechterhaltung der Politik völliger Neutralität gegenüber den Ereignissen an der Ruhr. Macdonald wandte sich dann an alle Parteien des Hauses mit der dringenden Aufforderung, ohne Leidenschaft und Vorurteil dem schweren Problem der Arbeitslosigkeit zu Hilfe zu geben. Er fragte auch den Ministerpräsidenten, ob Frankreich irgend eine Mitteilung über die Zahlung der französischen Schulden an Britanien gemacht worden sei. — Nach ihm sprach Asquith, der liberale ehemalige Ministerpräsident. Das Reparationsproblem beherrschte noch immer die ganze zivilisierte Welt und werse keine Schatten über sie. Es bestreibe keine Reizung, Deutschland von der Zahlung der Reparationen leichten Herzens zu erlösen. Man könne auch nicht verlangen, daß Frankreich seine von ihm verlangten Sicherheiten aufgeben, aber es frage sich doch, ob es nicht einen besseren Weg gebe zur Erlangung dieser Sicherheiten, als sich ein zweites Vlah-Votvingen anzuweisen. — Nach Asquith ergriff

Bonar Saw

das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit ein Zehntel von 25 Prozent zeige, da das Reichsleben sich ständig verbessere. Zur Lage im nahen Osten sagte er: Niemand in Britannien wolle den Krieg und hoffe auch aufrichtig und glaube fest, daß keine Kriegsfahrt besteht. Allerdings dürfen die Türken nicht allzu sehr auf die britische Kriegsmüdigkeit zählen. Zum Reparationsproblem habe Großbritannien fernerzeit vorge schlagen, daß Deutschland 2500 Millionen bezahlen solle. Auf dieser Basis müßte verhandelt werden. Er glaube, das französische Gefühl der Unfreiheit sei der Grund für die Verwerfung des englischen Vorschlages auf der Pariser Reparationskonferenz gewesen. Bonar machte dann einen wichtigen Hinweis auf die Ruhrfrage, indem er sagte, die französische öffentliche Meinung habe die Lage nicht erkennen wollen, ehe die Befehung des Ruhrgebietes durchgeführt worden sei. Ich hätte gehofft, so fuhr der Ministerpräsident weiter, wir würden den Wiederaufbau Europas Schulter an Schulter mit Frankreich ausführen können. Ich fühle es mit Gewißheit, daß Frankreich mit dem Einbringen dieses Weges etwas tat, was nicht nur für Europa, sondern auch für Frankreich verhängnisvoll werden würde. Nach weiterer Ansicht wird sich das Unternehmen als höchst gefährlich für das ganze wirtschaftliche Leben herausstellen. Es hat sich erwiesen, und was ich befürchte, hat sich ereignet, aber das ist noch nicht das Ende. Die Ruhr ist die

Chlagader der gesamten europäischen Industrieentwicklung. — Das ganze Haus sollte den Ausführungen Bonars lausendmaliger Beifall und spontane lebhaftes Beifall. Die Thronrede wurde dann auf noch von verschiedenen anderen Abgeordneten aller Parteien fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

mit: Berlin, 12. Februar.

Die zweite Beratung des Völkerverbundes wird fortgesetzt. Die Sozialdemokraten haben eine Entschließung eingebracht auf Begünstigung der in Bayern im Jahre 1919 wegen politischer Straftaten Verurteilten und der Teilnehmer am Ehrendienst im Jahre 1922.

Die Unabh. Abg. Bedebour und Wegmann fordern in einer Entschließung sofortige Amnestierung der Teilnehmer an revolutionären Kämpfen oder an der Abwehr reaktionärer Verbrechen.

Abg. Dr. Kaßl (D. Vp.) fordert die Einstellung eines literarischen Dispositionsfonds in den Justizetat, um zu verhindern, daß Organe von so hoher Bedeutung wie die „Deutsche Juristenzeitung“ wegen Geldmangels einbrechen können. Redner verlangt Maßnahmen gegen die Not der Anwälte, vor allem die Zulassung der Rechtsanwältin zu den Gerichten, und Kaufmannsgerichten. Redner behauptet, daß die große Kriminalreform des Strafgesetzbuchs, des Strafprozess und des Strafverfahrens selber zu verdrängt sei, daß auf den verschiedenen Gebieten juristischen Wissens notwendig geworden seien, und fordert schließlich Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik, was gerade jetzt in der kritischen Zeit das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen wesentlich stärken würde. Dem Gedanken einer allgemeinen Amnestie erhebe die Volkspartei ausdrücklich gegenüber, dagegen erhebe die Amnestierung der Eisenbahner sehr angebracht.

Abg. Brandt (Dem.) protestiert gegen die Rechtsbrüche der Franzosen im Ruhrgebiet, die eine Schmach und ewige Schande für das Volk seien, das als Vorkämpfer für Recht und Zivilisation gelten wolle. Redner fordert Zulassung der Anwälte zu den Sonder- und Arbeitsgerichten, Redner kritisiert die Rechtsprechung in politischen Prozessen und namentlich das unverständliche Urteil im Hardenprozeß, bei dem zweifellos antilematische Instanzen miteingewirkt hätten, und fordert, daß gerade diejenigen Volksteile, die als Träger der Republik gelten können, bei den Schwurgerichten eine stärkere Vertretung finden mögen.

Reichsjustizminister Dr. Geunig hat dar, daß der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs dem Kabinett vorliegt. Der Entwurf der Strafgerichtsreform sei im Reichsrat beraten worden. Alle diese Entwürfe könnten aber wegen der Ungenauigkeit der Zeit noch nicht verabschiedet werden. Mit der Strafgerichtsreform würden auch die bayerischen Volksgerichte verschwinden. Redner ist das Kabinett zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese Volksgerichte der Reichsverfassung nicht widersprechen. Auch eine großzügige Justizreform sei in Arbeit. Gegenüber der Zunahme des Schiedsgerichtsverfahrens werde zu prüfen sein, ob dieses Verfahren nicht in Ansehung der Anordnungen der ordentlichen Gerichte geregelt werden könne. Die Entlastung des Reichsgerichts solle dadurch erreicht werden, daß in Strafsachen eine Trennung zwischen der ersten Instanz und letztinstanzlichen Tätigkeit der Senate vorgenommen wird. Hinsichtlich der Rolle der Anwälte könne keine wirkliche Hilfe gebracht werden, solange die Anwaltschaft selbst sich unter sich nicht einigt. Bei der Scheidungsreform sollten wir gerade in dieser Zeit, welche die nationale Geschlossenheit fordert, von einer Befehung absehen, die nicht besonders dringlich sei, aber viele Volksteile verleben müßte. Zur Erhaltung der rechtswissenschaftlichen Presse werde die Regierung alles Erforderliche tun.

Abg. Beyerle (D. Vp.) bezeichnet die Entlastung des Reichsgerichts als dringlich und fordert im Interesse der Anwälte eine Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte.

Abg. Dr. Gerfeld (Komm.) behauptet, der Klassencharakter der Justiz habe sich trotz aller nationalistischen Redensarten von der Einheitsfront immer mehr verstärkt. Die jetzige Ministerregierung sei eine ausgeprägte Klassenregierung. Die deutsche Justiz werde tatsächlich durch Bayern beherrscht. Ein Verbrechen des bayerischen Privatlebens in der Amnestiefrage könne nur durch Bildung einer Einheitsfront des Proletariats zusammen mit den Sozialdemokraten erreicht werden.

Abg. Bedebour (Unabh.) begründet die von ihm eingebrachte Entschließung.

Abg. v. Gräfe-Wolbeke (D.-Völk.) weist die gestrigen Ausführungen des Thüringischen Ministers Fröschlich über die Vorgänge in Gera als unzutreffend zurück und behält sich vor, beim Chat des Innern darauf zurück zu kommen.

Thüringischer Staatsminister Fröschlich behauptet die Kampfweise des Vordrängers, der hier wiederum die Thüringische Regierung angegriffen habe, ohne auch nur den Schatten eines Beweises für seine Behauptungen zu haben. Mittwoch nachmittags 2 Uhr Weiterberatung. — Schluß 47 176.

Der Geheimentwurf über die vorläufige Arbeitslosenversicherung.

Dem Reichstage ist soeben der Geheimentwurf über die vorläufige Arbeitslosenversicherung zugegangen. Die erste Bedingung des Geheimentwurfs durch den Reichswirtschaftsrat ist noch nicht erfolgt. Der Entwurf selbst ist mit seinen 98 Paragraphen nicht übermäßig umfangreich. Dafür ist ihm eine besonders eingehende Begründung beigefügt worden. Die Regelung wird ausdrücklich nur als eine vorläufige bezeichnet, weil der voraussichtliche Aufwand mangels jeder Wahrscheinlichkeitsberechnung, ohne die eine reine Versicherung sich nicht aufbauen läßt, nach versicherungstechnischen Grundsätzen heute noch weniger als früher abgesehen werden kann. An Stelle des Beitragsverfahrens ist deshalb das Umlagenverfahren vorgeschlagen worden. Bei dem krisenartigen Charakter der Arbeitslosigkeit, die immer wieder bestimmte Berufe und Bezirke besonders schwer heimsucht, hat man auch von der Bildung örtlich oder beruflich begrenzter Versicherungsgemeinschaften absehen müssen. Die Verteilung soll vielmehr auf breiterer Basis erfolgen. Es ist auch versucht worden, zwischen dem Versicherungsprinzip und dem Umlagenprinzip einen Mittelweg zu finden. Man will die bestehende Arbeitslosenversicherung abbauen und zugleich die neue Versicherung aufbauen.

Versicherungspflicht sollen alle Arbeitnehmer sein, soweit sie der Krankenversicherung unterliegen. Nur bestimmte Berufsgruppen der Land-, Forst- und Hauswirtschaft sind von der Versicherungspflicht ausgenommen worden. Auch die unständig Beschäftigten und die im Wandergewerbe Beschäftigten sind wegen der Schwierigkeit der Kontrolle von der Versicherung ausgenommen worden. Die Verwaltung der Arbeitslosenversicherung ist teils den Arbeitsnachweisen, teils den Organen der Krankenversicherung übertragen worden. Ersteren liegt hauptsächlich die Kontrolle der Arbeitslosen, letzteren die Beitragsenthebung od. Krankenversicherung und Arbeitslosbeiträge sollen gemeinsam erhoben werden. Die Mittel sollen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen aufgebracht werden. Jedoch sollen ein Drittel der Kosten die öffentlichen Verbände, also Reich, Staat und Gemeinden übernehmen. Die Regelung ist

so gebast, daß die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber je ein Drittel der Kosten übernehmen, während von dem letzten Drittel das Reich die Hälfte und die anderen Hälfte Länder und Gemeinden zu gleichen Teilen tragen. Die Verteilung erfolgt nach dem Umlagenverfahren auf Grund des Jahresbeitrags. Wenn sie eingehenden Beiträge den Bedarf nicht decken, soll das Reich Vorkuß leisten. Die Bemessung der Beiträge erfolgt nach dem Verbrauch des vorangegangenen Jahres. Im ersten Jahre soll der Aufwand der Arbeitslosenversicherung, der im Jahre 1921 annähernd zwei Milliarden Mark betrug, maßgebend sein. Es wären also rund 700 Millionen Mark durch die Arbeitnehmer und ebensoviel durch die Arbeitgeber aufzubringen. Da man die Zahl der Versicherungsleistungen auf etwa 11 Millionen Köpfe beziffert darf, so dürfte der Wochenbeitrag der Versicherer etwa auf 1,20 Mark für das erste Jahr zu schätzen sein. Die Belastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die Arbeitslosenversicherung wird also bei dem geringen Umlage, den die Arbeitslosigkeit heute in Deutschland hat, nicht allzu groß sein. Sie wird aber in Krisenzeiten voraussichtlich außerordentlich hart anwachsen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Tod des kommunistischen Bagemeister. Im Verfassungskonflikte des bayerischen Landtags wurde gestern die Einlage der Reformvorlagen von Niederbayerenfeld beraten, in der die Beschuldigung erhoben wurde, daß der Tod des Abg. Bagemeister (Komm.) durch nachlässige Behandlung verschuldet sei, und die Forderung aufgestellt wurde, daß eine parlamentarische Untersuchungskommission für den Fall eingesetzt werde. Der Regierungsvizepräsident erklärte, daß Bagemeister eines natürlichen Todes gestorben sei. Der Ausschuß ging mit allen Stimmen gegen die der Sozialisten und Kommunisten über die Einlage zur Tagesordnung über.

Voten.

In dem Prozeß gegen die sozialdemokratischen Organisationsleiter, der 21 Tage dauerte, und in dem insgesamt 74 Personen angeklagt waren, wurden 7 Angeklagte zu 10 Jahren, 11 zu 8 Jahren, 3 zu 6 Jahren, 2 zu 5 Jahren, 18 zu 4 Jahren, 5 zu 2 Jahren und einer zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt. 29 Angeklagte wurden freigesprochen.

Gerichtssaal.

a. Treibner Schwurgericht. Wegen versuchten Totschlags hatte sich am Dienstag der 22 Jahre alte Handlungsgehilfe Karl Erich Rad vor den Geschworenen zu verantworten. Die Anklage, vertreten durch Staatsanwalt Dr. Biding, leute dem Beschuldigten nur Dakt, daß er in der Nacht zum 19. November vergangenen Jahres verlobt habe, seine Geliebte, die 28 Jahre alte Banddirektorsfrau Anna Bina Hammerichla geborene Ott, vorläufig zu töten. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Rad hatte die vorerwähnte Banddirektorsfrau vor einer Reihe Jahren auf der Brauer Straße kennen gelernt. Sie ging damals den Beruf einer Kellnerin nach, verheiratete sich 1919, doch befindet sich ihr Mann gegenwärtig wegen großer Unterschlagungen bei einem auswärtigen Gerichte in Untersuchungshaft. Durch diese Verurteilungen des Mannes war die Hammerichla in mitleidige Lage gekommen, sie trat schließlich ihren früheren Geliebten, den Angeklagten Rad wieder, der sie mit nach der Wohnung seiner Mutter und Großmutter in Vorstadt Plauen nahm. Rad hatte Rad gerufft, daß die Hammerichla ihre Einnahme einem anderen Manne, seinem Freunde Wischel zuwendete. Angeklagter wurde von Wischel gepökt, in ihm reifte der Plan, seinem Leben ein freiwilliges Ziel zu setzen. Als die Hammerichla in seiner Nacht beimfehle, machte er ihr Vorhalte und schloß dabei los; er traf sie in den Unterleib. Veraltliche Wille war rasch zur Stelle, die Verletzungen waren nicht gefährlich. Rad wurde in Haft genommen. Bei dieser Sachlage machte sich für einen großen Teil der Beweisaufnahme der Ausschuß der Öffentlichkeit erforderlich. Medizinalrat Dr. Oppe führte aus, dem Angeklagten könne der Schlag des 8 61 nicht angebilligt werden, worauf dann der Staatsanwalt Dr. Biding die Verurteilung forderte, während Staatsanwalt Giese in längerem Plädoyer für Verneinung der Schuldfragen eintrat. Die Geschworenen verneinten auch schließlich die Schuldfragen, was die Freisprechung des Angeklagten zur Folge hatte. Während der Urteilsverkündung laut es auf der überfüllten Tribüne zu lebhaften Kundgebungen für den Beschuldigten und gegen die Frau Hammerichla.

Aunst und Wissenschaft.

Die Sixtinische Madonna. In der Meldung über die angebliche Abicht der französischen Regierung, im deutschen Besitz befindliche Kunstschatze, darunter auch die Sixtinische Madonna, als Pfänder in die Hand zu bekommen, wird jetzt von allen zuständigen Stellen in Dresden mitgeteilt, daß an der Meldung kein wahres Wort sei. Es handelt sich zweifellos um eine der im Auftrag der französischen Regierung in Deutschland massenhaft verbreiteten Propagandamedteilungen. Alle derartigen Meldungen sind mit äußerster Vorsicht aufzunehmen, um nicht Verunruhigungen im deutschen Volke auskommen zu lassen. An eine Auslieferung solcher Kunstschatze ist natürlich gar nicht zu denken.

Spazi.

Schwimmergata. Der Gau Dresden vom Deutschen Schwimmverband hielt am Sonntag, den 11. Februar 1923 in Dresden im Künstlerhause einen Gau-tag ab, um vielseitige Verwaltung- und Organisationsfragen zu beraten. Der Gau hat fünf Vereine gewonnen und zählt zurzeit 7066 Mitglieder, eine stattliche Zahl, die von der regen Arbeitstätigkeit der Vereine Zeugnis ablegt. Aus dem Bericht des Obmannes des Hauptvereins schloß für Verbesserungen geht hervor, daß die Stadt Dresden den Bestrebungen der Schwimmer großes Interesse entgegenbringt und nichts unversucht gelassen hat, die Badegelegheiten zu verbessern. Ueno haben die Behörden dem Rettungswachdienst, der in diesem Sommer wieder eingerichtet werden soll, ihr Interesse gewidmet. Der Bericht der Kassererin ließ erkennen, daß der Gau mit den wenigen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf wirtschaftlich verstanden hat. Verschiedene Anträge betrafen innere Angelegenheiten. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender Oswald Kemner, technischer Leiter Emil Kern, Werbeteiler Johannes Wiedemann. Das diesjährige Gaufest wird in Weinschla abgehalten werden.

Eine deutsche Jägerwoche. Die deutsche Jägerkamer wird demnächst eine Jägerwoche in Berlin veranstalten und ruft dazu alle Wald- und Forstmänner auf. Nach einer Mitteilung im „St. Hubertus“ will diese Jägerwoche, die Einmüdigkeit aller deutschen Waldmänner zum Ausdruck bringen, einerseits in der Erkenntnis von der großen Verantwortung für das Schicksal des in der Gewalt des Jägers gegebenen Wildes, andererseits in der geschlossenen Abwehr gegen alle jagdfeindlichen Bestrebungen: für den Wiederaufbau unseres darniederliegenden Wildwerts. Eine Jagdgesellschaft, bestehende Vorträge sollen das deutsche Forstwesen auch vom wissenschaftlichen Standpunkte aus beleuchten, und ebenso soll die im Biologischen Museum veranstaltete Geweih-Ausstellung in erster Linie der Jagdwissenschaft dienen.